

Parketterzeugung –
Verkauf und Verlegung



**Heinz
Schönleitner**

4722 Peuerbach
Niederweiding 3

Telefon: (07276) 24 96
Fax: (07276) 24 96-16
Autotel.: 0664/16 11 382

Fa. Friedl
Handels GesmbH
Handel mit Waren aller Art

Strass 14
A-4742 Pram
Telefon (07736) 66 10



Mit Blaulicht in die
Hospiz-Alm
nach St. Christoph!



St. Christoph, Tel. 0 54 46/36 25



Familie Laduner

A-6180 Seeburn im Montafener • Völlenerweg 2
Telefon 055556/72 6 30 • Fax 055556/72 6 30-15



**Pfunds
Kerle**
spezial
Tel. 05474/5521

Ein Trio, dessen Repertoire nicht
nur junges, sondern auch ältere Leute
zum Leben bringt!

Kontaktadresse:
„Pfunds Kerle“
Paul Köhle
A-6542 Pfunds, Kobl 194.
Fax und Tel. 05474/5526

News-Stop-Programm (Volksmusik,
Schlager, Pop, Rock, Discobits u.
Covergroup) 21 Bonussongs geben
Ihre Besten! ...und das Publikum lobt!



Hotel
Seespitz

A-6561 Ischgl 145
Tel. 05444 / 5214 Fax 05444 / 57084

Herzlich willkommen im
SEESPIZ -
Ihr Ferienzuhaus in
Ischgl direkt an der
Silvretta Seilbahn
Talstation, mitten in der
Schiarena.

Wir freuen uns, Sie
verwöhnen zu dürfen
Familie Roller

Verwöhnen Sie nicht nur Ihre
Augen, sondern auch Ihren
Gaumen in unserem stilvollem
Speisesaal mit Wintergarten, in
unserem a la carte-Restaurant oder
in der Pizzeria. Bequelligkeit und
Komfort bieten unsere Zimmer und
Familien Suiten durch großzügige
und harmonische Ausstattung wie
Baden, Kabel-TV, Durchwahltele-
fon, Safe, Badset, Dusche, WC, dem
gemächlichen Wäscher und dem
Taschenreißer im Haus. Entspan-
nen-Relaxen - Erholen in unserem
großzügigen Freizeitbereich, fröhli-
ches Spiel im Kinderzimmer. Wir
freuen uns auf Ihren Besuch. Sie
finden uns im Zentrum von Seefeld,
gegenüber Dorfbusstation Retka.

**HOTEL
POST**

Familie Westreicher
Dorfbusstraße 47 • A 6531 Seefeld/Tirod
Tel. 05176/6261 oder 6262 • Fax 6261/3
(aus BRD 0901355 - NL 091355 - F 191355 -
GB 0101355...)



ZOLLWACHE

7 Grundlehrgang für
dienstführende Zoll-
wachebeamte

9 Anschlag auf die
Brieftaschen

KRIMINALDIENST

14 Wiener Politiker im
AUF-Interview:
„Prostitution in Wien“

JUSTIZWACHE

17 Es geht voran...

18 Justizwache kontra
Sonderdienste

20 Die Justizwache
rüstet auf

SICHERHEITSWACHE

25 Überstundeneinspa-
rungen: „Schwarzer
Peter für Sicherheits-
verwaltung“

25 Privatisierung der
Monturwirtschaft

27 Gewerkschaft stimmt
Personalabbau bei
Sicherheitswache zu

GENDARMERIE

33 Grenzkontrollen und
Grenzüberwachung

FREIZEIT

40 Sonne, Sand und
Motorräder

INHALTSVERZEICHNIS

11 Prostitution im
Wandel der Zeit
„Die Wahrheit über
das älteste Gewerbe
der Welt“



Die wahre Geschichte der Prostitution ist
vom „Pretty Woman Idyll“ meilenweit ent-
fernt.
Die Prostituierten werden immer jünger –
immer früher geraten die Mädchen in einen
oft tödlichen Kreislauf. Zugleich bleibt der
Menschenhandel aus dem ehemaligen Ost-
block.

25 Sicherheitspolitische
Überlegungen in
Deutschland



Der Beruf des Exekutivbeamten wird immer
gefährlicher. Anhaltungen generell mit
gezogenen Dienstwaffen ist zum Glück noch
nicht erforderlich, wird aber immer stärker
diskutiert.

27 Pensionsreform bei
den Beamten

Während die Gewerkschaft öffentlicher
Dienst offiziell heftig demotiert und mit
Kampfmassnahmen droht, wurde es hinter
den Kulissen bereits beschlossen: Der
Durchrechnungszeitraum für Beamtenpen-
sionen wird endgültig eingeführt.

I M P R E S S U M

AUF-Info (=BLAULICHT) ist das offizielle
Organ der Exekutivvereinigung „AUF“

Medieninhaber (Verleger):
Exekutiv Verlags GmbH
A-8054 Graz, Feldkirchner Straße 4
Telefon (0316) 28-71-51-0
Telefax (0316) 28-71-51-9

Geschäftsführender Gesellschafter:
Michael Brugmayr
Produktionsleitung: Christoph Morré
Assistentin der Geschäftsführung:
Tamara Wurzer
Anzeigenleitung:
Dagmar King

Gestaltung:
Werbegraphik-Design Christoph Morré
A-8043 Graz, Johann-Paier-Weg 7

Hersteller (Druck):
Druckerei Zimmermann
A-8200 Gleisdorf, Gartengasse 21

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben jährlich.

Für Mitglieder und Exekutivbeamte kostenlos!
Für zusätzliche Bestellungen Abonnentenpreis:
4 Hefte €S 160,- inkl. MwSt., Porto und Versand-
spesen.

Einzelheft €S 45,- inklusive MwSt., Porto und Ver-
sandspesen. Für Interessenten im Ausland gilt der
gleiche Preis, Porto- und Versandspesen müssen
jedoch vom Bezieher bezahlt werden.

Herausgeber:
Exekutivvereinigung „AUF“
Aktionsgemeinschaft Unabhängiger
und Freiberufler im öffentlichen Dienst

A-1010 Wien, Bartensteingasse 14/9

GENDARMERIE

Josef Wagenthaler



SICHERHEITSWACHE

Horst Binder



KRIPO

Helmut Kamehl



ZOLLWACHE

Ernest Windholz



JUSTIZWACHE

Friedrich Böhm



GASTHAUS • FLEISCHHAUEREI
Raimund Schörendorfer
 4712 MICHAELNBACH 11

Telefon 0 72 77 / 25 15
 Telefax 0 72 77 / 32 95



*...frisch
 und g'schmackig!*

ELAN-BEDIENUNGSTANKSTELLE
AUTO FEHLHOFER
 Der Service-Tip für alle Autotypen

4722 Peuerbach,
 Grieskirchner Straße 1

Telefon 0 72 76/20 95
 Telefax 0 72 76/20 9 54



STEINDL

Abschleppdienst rund um die Uhr

4085 WALDKIRCHEN
 Verkauf u. Service
 Karosseriereparaturen aller Marken

Tel. (07718) 264, Fax (07718) 407

MAYERHOFNER
BERGBAHNEN



Photo Hruschka

Wir bieten Ihnen Skifahren...

- ...ohne Wartezeiten
- ...auf 45 km traumhaften Abfahrten
- ...auf schneesicheren Pisten
- ...mit 28 modernen Seilbahnanlagen
- ...mit einem Gratis-Skibus-Service...



Penkenbahn - Ahornbahn - Horbergbahn
 A-6290 Mayrhofen 472
 Tel. 05285/2227- Fax 05285/3637

DIVERSES



Polizei im Wahlkampf

Vorwort des Chefredakteurs

Gäste, die derzeit Wien besuchen, müssen fast den Eindruck gewinnen, die Wiener Polizei führt einen Wahlkampf. Von Wahlplakaten verschiedener Parteien lachen Spitzenpolitiker aller Couleurs, die sich mit Polizisten umgeben.

Zweifellos ist es eine nicht unerfreuliche Entwicklung, daß Politiker mit Uniformierten auf Stimmenfang gehen. Noch vor wenigen Jahren war das undenkbar. Damals erteten wir Exekutivbeamte bestenfalls öffentliche Kritik von „unseren“ Regierungspolitikern.

Aber was ist passiert, daß die politischen Parteien plötzlich die Liebe zur Exekutive entdeckt haben?

Dafür gibt es zwei Gründe: Zum einen ist die Kriminalität in Österreich in den letzten Jahren stark angestiegen, sowohl qualitativ wie auch quantitativ. Lediglich manipulierte Statistiken vermitteln einen anderen Eindruck.

Der zweite Grund für die „Liebe zur Exekutive“ ist die starke AUF. Wir haben durch öffentliches Aufzeigen von Mißständen der Exekutive wieder einen höheren Stellenwert verschafft.

Nun ist jedoch eine starke Diskrepanz festzustellen: Während die Regierungsparteien auf ihren Wahlplakaten einen hohen Sicherheitsstandard versprechen, sieht die Realität anders aus. Das Innenressort muß 1996/97 über 1.000 Planstellen abbauen. Ausgaben für Gebäude, Ausrüstung, Ausstattung und Schulung wurden gekürzt. Exekutivbeamte – schon vorher ungenügend entlohnt – müssen in den Jahren 1996 und 1997 Nulllohnstunden in Kauf nehmen. Durch die Inflation bedeutet das einen ganz konkreten Einkommensverlust. Die Gesetze wurden

immer „täterfreundlicher“, die Bürokratie wurde immer größer. Nur unverleserliche Utopisten können annehmen, daß unter diesen Umständen die Sicherheit in Österreich tatsächlich verbessert werden kann.

Wer Sicherheit haben will, muß:
 genügend Planposten zur Verfügung stellen – und nicht abbauen,
 Arbeitsplätze modern gestalten – und nicht Ausgaben reduzieren,
 Ausrüstung und Gerät auf den neuesten Stand bringen – und nicht um Jahre nachhinken,

bestmögliche Schulungen bieten – und nicht das Schulungsbudget reduzieren, Mitarbeiter unterstützen – und nicht mit Bürokratie belasten, leistungsgerecht bezahlen – und nicht Gehaltsreduktion über Nulllohnstunden vornehmen.

Zu all den Kriminalitätsproblemen, die Österreich bereits hat, kommen noch Probleme mit der Europäischen Union hinzu. Während in den Banken Währungsspezialisten bereits intensiv die

Umstellung auf die Europawährung vorbereiten, passiert hinsichtlich der Europolizei „Europol“ herzlich wenig. Es bleibt die Frage, wie Österreich mit den immer größeren Problemen der organisierten Kriminalität fertig werden kann, wenn die Grenzkontrollen gemäß dem Schengener Abkommen wegfallen, ohne daß die Sicherheitsstandards anderweitig dementsprechend erhöht werden. Der derzeit praktizierte „Schmäh“, zwar für Sicherheit zu werben, aber nichts Konkretes dafür zu tun, ist leicht durchschaubar – und die Wähler werden ihn am 13. Oktober entsprechend honorieren.

Josef Kleindienst



Jederzeit zur Stelle
kurz notiert

Beiträge erwünscht

Wer darf Blaulicht-Artikel schreiben?
 Grundsätzlich jeder. Alle Beiträge werden von der Blaulicht-Redaktion gesichtet und je nach Platz und Thema in den kommenden Ausgaben abgedruckt. Für Zusendungen sind wir sehr dankbar.

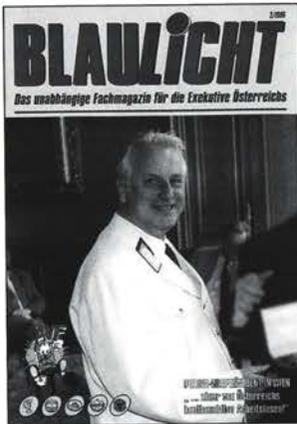
Kostenlose Rechtsberatung

Die AUF bietet für alle Kolleginnen und Kollegen eine kostenlose Rechtsberatung an. Dies gilt auch für private Probleme. Rufen Sie uns zwecks Terminvereinbarung an.
 Telefon (0222) 406 75 15.

AUF
INFO-LINE

Tel. 0222 / 408 07 48

Aktuelle Nachrichten für Exekutivbeamte – rund um die Uhr.



Ihr „Outing“ den Wiener Polizeivizepräsidenten betreffend wird sowohl von mir als auch vielen meiner KollegInnen als ungerecht empfunden. Als langjähriger Beamter in der BPD Wien (Verwaltung) möchte ich darauf verweisen, daß es nicht wesentlich weniger schlecht bezahlte unnötige Posten in dieser Behörde gibt. Man denke dabei an den GI- bzw. KI Stellvertreter. Als die mit Abstand unnötigste Planstelle muß allerdings jene des Leiters der Kommissariatsabteilung angesehen werden, der mangels sinnvoller Beschäftigung mit wirklichkeitsfremden Ideen die Bediensteten auf den Kommissariaten nervt. Diese Aussage werden 23 Stadthauptleute bestätigen können.

„Name und Adresse der Redaktion bekannt“

Abgesehen davon, daß ich dem Inhalt des „Marek-Reports“ voll zustimme, muß ich Euch mitteilen, daß dieser Artikel überhaupt nichts bewirkt hat. Wir von der K-Abteilung (Kraftfahrabteilung) holen Dr. Marek noch immer von zu Hause ab oder bringen ihn dorthin. Auch die Tageszeitungen, die sich sonst jeder Beamte kaufen muß, werden ihm weiter nach Hause zugestellt. Das nennt man Sparpaket!

„Name und Adresse der Redaktion bekannt“

Bereits vor Jahren hat man auch auf politischer Ebene erkannt, daß die Funktion des Polizeivizepräsidenten

LESER BRIEFE



eine unnötige ist und seine sogenannten „Alibiagenden“ leicht von anderen Beamten (GI, KI bzw. Vorstand des Personalbüros) übernommen werden könnten. Man einigte sich auch mündlich darauf, den Polizeivizepräsidenten sozusagen auslaufen zu lassen (was bei MAREK ohnehin lange genug gedauert hätte), um anschließend dessen Agenden dem Leiter der Präsidialabteilung zu übertragen. Damit war die Angelegenheit vorerst erledigt.

Bedingt durch das plötzliche Ableben von Präsidialchef Hofrat Mag. Helmut MUZZLER im Februar 1993 wurde die Diskussion neuerlich genährt. Wurden doch Stimmen aus ÖVP-Kreisen laut, Dr. Marek zum Präsidialchef zu ernennen und auf diese Art die beiden Funktionen zu vereinen. Ein Ansinnen, welches von Dr. Bögl entzweit zurückgewiesen worden ist, sprach er doch, viele meiner Kollegen aus dem rechtskundigen Bereich meinen zu Recht, Dr. Marek jedwede Qualifikation für diese verantwortungsvolle Tätigkeit ab.

Aus diesem Grund wird es die Funktion des Polizeivizepräsidenten bis zum 66. Lebensjahr von Dr. Günther MAREK geben, es sei denn, in Verbindung mit einer radikalen Geschäftsordnungsreform wird die Vertretungsbefugnis des Polizeivizepräsidenten entsprechend auf den Präsidialchef verlagert. Eine derartige Reform ist von der derzeitigen Führungsebene jedoch nicht zu erwarten.

Zu dem von der AUF angeprangerten „Dienstwagen mit Chauffeur“ wäre zu sagen, daß meines Wissens ausschließlich der Polizeipräsident und der Vizepräsident ein Dienstfahrzeug zum alleinigen Gebrauch beanspruchen, wobei der Herr Polizeipräsident meist mit Privat-KFZ von und zum Dienst fährt. Alle anderen von Ihnen genannten Dienstwagen wer-

den von den jeweiligen Abteilungen ausschließlich für dienstliche Zwecke verwendet. Aus welchem Grund dem Polizeivizepräsidenten ein derartiges Privileg zusteht (der Zeitungstransport am Wochenende ist eine Sache für sich), wäre zu hinterfragen gerechtfertigt.

Persönlich angesprochen fühle ich mich vom Vorwurf, mich innerhalb der Dienstzeit der Gratislektüre von Tageszeitungen hinzugeben. Meiner Meinung nach ist es in Führungspositionen unbedingt erforderlich, für die Behörde relevante Zeitungsartikel entsprechend zu kennen und gegebenenfalls darauf zu reagieren. Erlauben Sie mir zum Abschluß noch eine Bemerkung. Es ist unbestritten, daß die AUF in den letzten Jahren einiges bewirkt hat, wengleich auch die dazu verwendeten Mittel nicht meinem Geschmack entsprechen (anders dürfte es aber offensichtlich auch nicht funktionieren). Eine grundlegende Änderung des Systems wird aber auch die AUF nicht herbeiführen können. Die Führungsebene im Innenministerium wird auch in ferner Zukunft von der Löwelstraße (Anmerkung der Redaktion: Parteizentrale der SPÖ) ferngesteuert bleiben.

„Name und Adresse der Redaktion bekannt“

Anmerkung der Redaktion:

Auch der Präsidialchef der BPD Wien Hofrat Dr. Leo LAUBER legt Wert auf die Feststellung, daß das der Präsidialabteilung zugewiesene KFZ von ihm weder für die Fahrt von und zum Dienst, noch für Zeitungszustellungen am Wochenende verwendet wird. Vielmehr werde es ausschließlich für dienstliche Zwecke innerhalb der Abteilung benötigt. Bezüglich Gratiszeitungen ist die AUF selbstverständlich der Meinung, daß auf für die Behörde relevante Medienberichte entsprechend reagiert werden muß. Nach Meinung der AUF ist dafür jedoch ausschließlich die Pressestelle zuständig, welche mit vier Juristen ohnehin entsprechend besetzt ist.

Uns brummt man eine 2-Jahre Null-Lohnrunde auf, aber die Parteiapparatschiks leben wie die Maden im Speck. Vielleicht sollte man Dr. MAREK noch eine Sänfte zur Verfügung stellen, damit er den Weg vom Dienstauto zum Einfamilienhaus durch seinen Garten nicht zu Fuß zurücklegen muß.

„Name und Adresse der Redaktion bekannt“

LESERBRIEFE

LESERBRIEFE

Zu den Ausführungen bezüglich Gratis-Zustellungen der Tageszeitungen am Wochenende ins Haus des Dr. MAREK möchte ich als Angehöriger der K-Abteilung darauf aufmerksam machen, daß besagte Tageszeitungen ins Haus des Vizepräsidenten auch zugestellt werden, wenn dieser offiziell auf Urlaub weilte (zumindest war dies im vorigen Jahr so). Dann werden die Zeitschriften nicht vom Vize, sondern von dessen Sohn gleichen Namens, seines Zeichens Gemeinderat der Wiener ÖVP, übernommen, der dann das Haus beaufsichtigt. Verständlich, kann sich doch der Herr Gemeinderat wie sein Vater den Kauf der Zeitungen nicht leisten.

„Name und Adresse der Redaktion bekannt“
Anmerkung der Redaktion:
Die AUF wird diesen Leserbrief zum Anlaß einer parlamentarischen Anfrage an den Innenminister nehmen. Über das Ergebnis werden wir berichten.

Bezugnehmend auf den Artikel „...einer von Österreichs bestbezahlten Arbeitslosen“ reagierte die Tageszeitung „Die Presse“ in scharfer Form. Sie bezeichnete Marek als hochdekorierten und verdienstvollen Polizeibeamten, den die AUF nur deswegen denunziere, da er als „Vorsitzender der Disziplinar-kommission“ mehrere AUF-Funktionäre bestraft hätte. Weiters hätte laut „Presse“ die FPÖ vergessen, daß sie ebenfalls derartige Funktionen wie jene des Stadtschulratsvizepräsidenten oder zahlreicher Bezirksvorsteher-Stellvertreter be- setzt.

Normalerweise sollte man auf derartigen Unsinn überhaupt nicht reagieren, selbst wenn ihn die sonst seriöse „Presse“ von sich gibt. Aber vielleicht gerade deshalb ist es notwendig, die dort erhobenen Behauptungen richtigzustellen:

1. Hochdekoriertes Polizeibeamter mag stimmen, dies ist jedoch ausschließlich eine Alterserscheinung dem Rang entsprechend und kein Verdienst. Daß Dr. Marek durch wirkliche Leistung bedingte Auszeichnungen wie etwa die Lebensrettungsmedaille verliehen bekommen hat, muß bezweifelt werden.
2. Daß Dr. Marek Vorsitzender der Disziplinar-kommission ist, weiß außer der „Presse“ offensichtlich niemand. Einzi-

ge Aufgabe des Herrn Marek ist vielmehr, die jeweiligen von den Referenten bearbeiteten Disziplinarakte zu unterschreiben, bevor sie zur Disziplinar-kommission geschickt werden. Ob dies ein Dr. Marek oder etwa der Leiter des Personalbüros macht, ist jedoch vollkommen egal, dafür benötigt man keinen Polizeivizepräsidenten.

3. Wenn „Die Presse“ die Funktionen Polizeivizepräsident mit jenen des Stadtschulratsvizepräsidenten sowie der Bezirksvorsteher-Stellvertreter vergleicht, muß die Ahnungslosigkeit des Redakteurs als peinlich bezeichnet werden. So ist der Polizeivizepräsident ein Beamter, der nur schamlos im rot-schwarzen Proporzsystem fast offiziell in die Leibpacht der ÖVP übergegangen ist, Qualifikation und Notwendigkeit nebensächlich. Die übrigen Funktionen sind politische Kontrollfunktionen, welche laut Wiener Stadtverfassung der zweitstärksten Partei zuste- hen.

Einmaliger Ausrutscher oder ist „Die Presse“ auch nicht mehr das, was sie einmal war?

„Name und Adresse der Redaktion bekannt“

Anmerkung der Redaktion:

Seit Bestehen der Zeitschrift „Blau-licht“ hat noch kein Artikel derartiger Reaktionen unserer Leserschaft hervorgerufen. Wir bitten daher um Verständnis, daß wir nur einen Teil der Leserbriefe (und diesen auch gekürzt) abdrucken können. Vers- tändlich auch, daß alle Verfasser dieser Leserbriefe Anonymität verlangen, be- fürchten sie doch Repressalien der Dienstbehörde.

Offener Brief an Innenminister Caspar Einem

Welchen Zweck verfolgen Sie mit der systematischen Demontage der Sicherheitswache?

Der immer wieder ins Spiel gebrachte Terminus „...zur Budgetkonsolidierung...“ in den diversen Erlassen scheint nur vorgeschoben, denn die Verlagerung von Kosten von einer Organisationseinheit zur anderen ist nur oberflächliche Budgetkosmetik und eine Täuschung der Staatsbürger.

Unverständlich scheint es auch, daß der Spar-

gedanke zwar aus den jeweiligen Ministerien kommt, im unmittelbaren Bereich aber, etwa durch mutige und einschneidende Struktur- reformen, nicht umgesetzt wird. Nach dem Florianiprinzip wird beim anderen gespart. Der andere ist im Falle des Innenressorts der uniformierte oder zivile Exekutivbeamte auf unterster Ebene, der jedoch maßgeblich für den hohen Sicherheitsstatus unseres Landes ver- antwortlich ist.

Die Folge Ihres Handelns ist nicht nur Demotivation der Exekutive, sondern auch der Verlust der über das geforderte Maß hinaus gegebenen Einsatzbereitschaft der einzelnen Beamten.

Mit der Abschaffung der personalführenden Stelle im Bereich der Sicherheitswache, mit der Abschaffung von systemerhaltenden Planstellen im Bereich der Sicherheitswache, wie z.B. der Telefonvermittlungen und der Kraftfahrgruppen, erreichen Sie, daß immer mehr Kollegen im fortgeschrittenen Alter auf der Straße der (qualitativ) steigenden Kriminalität Herr werden müssen. Durch den Aufnahmestopp von jungen Beamten zeichnet sich für mich ein Schreckensszenario ab, daß ein 50 bis 60-jähriger, durch den Schicht- und Wechseldienst gezeichneter Polizeibeamter einem jungen Straftäter nachlaufen oder sogar körperlich widerstehen muß.

Obwohl auch ich als Personalvertreter einen Reformkurs im Bereich der Exekutive voll unterstützen würde, kann ich kein Verständnis für unüberlegte, aus politischen Zwängen heraus getroffenen Reformen ableiten. Gerade in einem so sensiblen Bereich wie dem der Sicherheit und des Schutzbedürfnisses der Staatsbürger können Reformen im Bereich der Exekutive nur gleitend und vor allem mit den notwendigen Begleitmaßnahmen, pensions- und dienstrechtlicher Art, sinnvoll umgesetzt werden.

In diesem Zusammenhang ersuche ich Sie, Ihre Ministerialbeamten anzuweisen, die bestehenden Bundesgesetze, wie BDG und PVG einzuhalten und bereits in der Vorbereitungsphase eines „Sparerlasses“ die zuständi- gen Interessenvertretungen einzubinden. Als Staatsbürger und Sicherheitswachebeamter appelliere ich an Sie, die staatstragende Säule „Innere Sicherheit“ nicht dem Verfall preiszugeben.

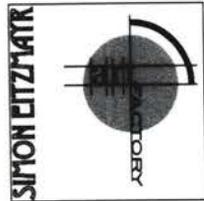
Michael Kosmus
Personalvertreter der FCC
Stv. Obmann d. KdEÖ der SW Graz
Vors. d. DA SW Graz

Juke Box

SERVICE

UNTERHALTUNGSELEKTRONIK

A-4050 Traun, Wiener Bundesstraße 67
Tel. 0 72 29/61 8 34, Fax 0 72 29/70 0 80



modern
zeitlos
rustikal



von der planung bis zur montage in einer hand!

4654 BAD WIMSBACH, BACHLOH 30
TEL.: (07245) 25 777-0 FAX-DW: 75

Porsche Salzburg

Porsche-Inter Auto Gesellschaft m.b.H.
VW-Audi und Porsche-Händler
und Kundendienst

A-5020 SALZBURG
Alpenstraße 175
Tel. 0662 / 62 00 11

BAHNHOFRESTAURATION NEUMARKT-KALLHAM

E. Kottbauer
4720 Neumarkt



Ing. Martin Humer
GmbH. & Co KG

Baumeister - Zimmermeister
Baustoffe - Baumarkt - Holz
4722 Peuerbach, Schulplatz 4
Tel. 0 72 76 / 21 41, Fax 31 59



ZOLLWACHE



Grundlehrgang für dienst- führende Zollwachebeamte

Zu den Zulassungsbedingungen zum 74. Grundlehrgang für dienstführende Zollwachebeamte richteten die freiheitlichen Abgeordneten Hermann Böhacker, Gilbert Trattner und Kurt Ruthofer kürzlich eine Anfrage an Finanzminister Viktor Klima, die wie hier im vollen Wortlaut abdrucken.

*Zulassungsbedingungen zu diesem 74. Grundlehrgang für dienstführende Zollwachebeamte waren erstens das Erreichen einer bestimmten Punktezahl in einem Aufnahmetest (mündlicher und schriftlicher Teil), und zweitens zwingende Bewerbung auf einen freien, bewerbten Arbeitsplatz.
Da berechnete Zweifel an einer objektiven Vorgangsweise bei der Zulassung zu diesem Kurs bestehen, stellen an den Bundesminister für Finanzen die unterzeichneten Abgeordneten folgende*

Anfrage:

- 1.) Ist es richtig, daß insgesamt sechs Beamte aus dem Bereich der Zollämter Berg und Nickelsdorf sowie der Abteilung für Strafsachen mit der Begründung, daß sie für die Dauer der Lehrgangsteilnahme an ihrem Dienstort unabkömmlich sind, nicht berücksichtigt wurden?
- 2.) Bei Verneinung von Frage 1: Welche Gründe waren dann für die Nichtzulassung maßgeblich?
- 3.) Im Falle der Bejahung von Frage 1: Wieso konnten dennoch vom Zollamt Berg vier von fünf Bewerbern, beim Zollamt Nickelsdorf drei von sechs Bewerbern, im Bereich der Abteilung Strafsachen zwei von vier Bewerbern zum Fachlehrgang zugelassen werden?
- 4.) Wie hoch ist der finanzielle jährliche Verlust eines nicht zugelassenen Bewerbers im Vergleich zu einem Absolventen

der Dienstprüfung für dienstführende Zollwachebeamte unter der Annahme einer besoldungsrechtlichen Stellung E2b6 Funktionsgruppe F3?

5.) Ist es richtig, daß bei den Dienststellen Berg und Nickelsdorf die Wählergruppe AUF den Vorsitzenden der Personalvertretung bzw. in der Abteilung Strafsachen den Vorsitzenden-Stellvertreter stellt?

6.) Ist es richtig, daß zwei der nicht zum Grundlehrgang zugelassenen Bewerbern AUF-Personalvertreter sind?

7.) Ist auszuschließen, daß bei den eben erwähnten nicht zugelassenen Bewerbern andere als dienstliche Gründe für die Nichtzulassung ausschlaggebend waren?
Wenn ja, warum?
Wenn nein, warum nicht?

8.) Ist daran gedacht, den nicht zugelassenen Bewerbern – aufgrund ihrer Qualifikation – im nächsten Lehrgang einen Kursplatz von Amts wegen zuzuweisen?

9.) Aufgrund welcher Vorschrift ist es notwendig, sich bereits bei der Bewerbung um die Teilnahme am Grundlehrgang auch um einen freien bewerteten Arbeitsplatz zu bewerben?

10.) Trifft es zu, daß im Auswahlverfahren für den gegenständlichen Lehrgang die Mitwirkungsrechte der Personalvertretung gem. § 9 Abs. 1 lit. d. PVG anzuwenden sind?



**Unter
uns
gesagt**

Das reinste Lotteriespiel

Das neue Auswahlverfahren für die Zulassung zum Fachlehrgang für dienstführende Zollwachebeamte weist noch gravierende Mängel auf, die es rasch zu beseitigen gilt.

Wie wichtig dabei das Zusammenspiel zwischen Personalvertretung und Dienstbehörde ist, zeigte sich recht deutlich im Bereich der Finanzlandesdirektion für Wien, Niederösterreich und das Burgenland. Dort wurde unter Mißachtung des Personalvertretungsgesetzes (PVG) der gesamte Fachausschuß an der Ausübung des Mitwirkungsrechtes gehindert. Kein Zufall daher, daß die Einberufung für mehrere Kollegen zum reinen Lotteriespiel wurde. Warum in diesem Lotteriespiel gerade jene Dienststellen kein Glück hatten, in denen die AUF besonders stark vertreten ist, kann nur vermutet werden. Unter den Geschädigten befinden sich auch - wie könnte es anders sein - zwei amtierende AUF-Personalvertreter.

Es liegt jetzt an der Dienstbehörde, Einsicht zu zeigen und die betroffenen Kollegen amtswegig zum nächsten Fachlehrgang einzuberufen. Analog zum Finanzstrafgesetz würde „lättige Reue“ als Milderungsgrund von der AUF gewertet werden. Sollte man jedoch weiterhin uneinsichtig bleiben, so müßte wohl endgültig ein politisches Motiv und eine Schädigungsabsicht gegenüber der AUF-Bewegung angenommen werden.

Ernest Windholz



Internorm FACHHÄNDLER

Tel.: 07278/8588
4723 Natternbach
Hauserstraße 38

Wirt z Gries

Tel. 07732/2020

Eines der ältesten Holz-Landgasthöfe bietet teils von eigener Landwirtschaft bodenständige Hausmannskost wie:
Bratl in der Rein (ab 8 Personen) • Schlachtplatten-Essen • Schnid'n und Fleisch • Blunzn-Leberwurst im Pfandl • Saukopf- und Ripperl-Essen • Knödel
Neu! Die Stadt-Hochzeit
Vorausmeldungen erbeten!

Kinderspielplatz • Ententeich • Eisenbahnen • Heurigenstadl

Karosseriefachbetrieb
HUBER

Unfall-Instandsetzung
und Lackierung • Abschleppdienst



Christian Huber

4742 Pram 52
Telefon 0 77 36 / 62 13
Telefax 0 77 36 / 62 72

Josef Möseneder

Kallham Kainzing 10 · Telefon 07733/387



4720 Neumarkt/H., Marktplatz 5, Tel. 07733/6810

- Prima Jausengerichte
- Bier vom Faß



Wo guter Geschmack Tradition hat

Haussalami • Mailänder Salami • Kantwurst
und Cervelat • Grobe Mettwurst
• Feine Mettwurst • Cabanossi

Wiesenberg

Gesellschaft m.b.H. & Co.KG.
A-4722 Peuerbach, Hauptstraße 4
Tel. 07276 / 2181 • Fax 07276 / 2040

ZOLLWACHE



Anschlag auf die Brieftaschen

Für jene Beamten, die bei der Mobilen Überwachungstruppe (MÜG) Verwendung finden, kommt laut Generalinspektorat der Zollwache die Ausnahmebestimmung der RGV, Paragraph 54/3, zum Tragen. Diese Bestimmung besagt, daß bei Streifungen und Vorpässen ein Anspruch auf Tagesgebühr nur dann begründet wird, wenn die mit der Dienstleistung verbundene Dauer der Abwesenheit von der Dienststelle acht Stunden übersteigt.

Es stellt sich die Frage, ob dieser Passus des RGV nicht auf die ehemaligen Streifenabteilungen der Zollwache zugeschnitten war. Betrachtet man heute das umfassende Aufgabengebiet der Mobilen Überwachungstruppe, wie etwa Überwachung des Verkehrs mit Nichtgemeinschaftswaren und verbrauchersteuerpflichtigen Waren im Anwendungsgebiet, Gasölkontrollen, Observationen über Auftrag der Finanzstrafbehörde, Bekämpfung des Suchtgiftsmuggels etc., so erscheint es unverständlich, diesen Dienst als Streife und Vorpasse abzuwerten. Zur Klärung dieses Sachverhalts habe ich in meiner Reiserrechnung für Juli 1996 einen Feststellungsbescheid verlangt. Für den Fall, daß dieser abschlägig erstellt

wird, wird bei Nichtstattgabe der Berufung durch das Finanzministerium der Verwaltungsgerichtshof damit konfrontiert. Da die letztinstanzliche Erledigung solcher Verfahren meist länger dauert, ist es wichtig, daß die betroffenen Kollegen ihre Ansprüche geltend machen, um nicht durch Fristversäumnis bei einer allfälligen positiven Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs trotzdem leer auszugehen.

Für allfällige Fragen in diesem Zusammenhang stehe ich im Fachausschuß der Zollwache in Wien, Tel.: (0222) 711 25-36 21 bzw. 3623, gerne zur Verfügung.

Gerhart Flandorfer
MÜG Wien
Mitglied im Fachausschuß ZW in Wien



KOTTAN
IN
GOLD

wird in dieser Ausgabe stellvertretend für alle Multiverdiener innerhalb des Österreichischen Gewerkschaftsbundes verliehen an

ÖGB-Vizepräsident
Fritz Neugebauer

Begründung: Neben seinem Abgeordnetensalar in der Höhe von öS 86.000,- kassiert Neugebauer nach eigenen Angaben noch rund öS 32.000,- als ÖGB-Vizepräsident (die bei ÖGB-Funktionären so beliebten Spesenabrechnungen und Aufwandsentschädigungen nicht eingerechnet). Darüber hinaus wurde Neugebauer auf Antrag der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst von der Bundesregierung bei vollen Bezügen dienstfreigestellt, was ihm weitere öS 40.000,-, insgesamt monatlich öS 160.000,-, einbrachte. Angesichts des von der GÖD mitgetragenen Sparpaketes ein Beweis, daß deren Spitzenfunktionäre weiter aus dem vollen schöpfen. Den Kottan in Gold hat sich GÖD-Mann Neugebauer für diese Abkassiererei aus Steuergeldern jedenfalls redlich verdient.

GRATULATION

E1 Ergänzungslehrgang

In der Zeit vom 28. Mai bis 19. Juli 1996 fand ein Ergänzungslehrgang für die Überstellung in die Verwendungsgruppe E1 statt. Zur bestandenen Prüfung gratuliert die AUF-Zollwache folgenden Kollegen:

Amtsdir. RegRat. Ferdinand HAMPL
Cheflnsp. Helmut WUKITS
Cheflnsp. Herbert REISENHOFER
Cheflnsp. Konrad LIEGL
Cheflnsp. Maximilian KATZLINGER
Ktrlnsp. Karl TOMASSOVITS
Ktrlnsp. Erwin ZLABINGER
Abtlnsp. Franz BOLE
Bezlnsp. Friedrich KINZLBAUER

Generalinspektor Peter Zeller

Mit Wirksamkeit vom 1. Juli 1996 wurde Generalinspektor Peter Zeller zum Ministerialrat ernannt.

Kollege Zeller trat am 31. Oktober 1965 als provisorischer Zollwacherevisor in den Zollwachdienst ein. Im Jahr 1972 wechselte er in den gehobenen Zolldienst. Zum Magister der Rechtswissenschaften avancierte er im Jahre 1987. Danach kam es zur Verwendung im höheren Finanzdienst und in weiterer Folge zur Ernennung zum Oberrat. Am 6. Februar 1995 wurde Peter Zeller zum Generalinspektor der Zollwache ernannt.

Die AUF gratuliert recht herzlich und wünscht dem „gestandenen Zöllner“ Peter Zeller für die Zukunft alles Gute!

DIE GEWERBEREGION GRIESKIRCHEN PRÄSENTIERT SICH:

Kanal - spülen

Obertresleinbach 25

Kanal - Druckprüfen

A-4723 Natternbach

Kanal - TV Aufzeichnung

Kanalservice GmbH

Telefon: (0043) (0) 7278-8290

Telefax: (0043) (0) 7278-8360



AUTOBAHNABFAHRT MEGGENHOFEN
GASTHOF - PENSION

Wahrhuber

Pächter Auzinger

4714 Meggenhofen 13

Tel. 07247 / 71 53 · Fax 07247 / 74 66

GASTHAUS WAGNER

4714 MEGGENHOFEN 43

Hausmannskost für Jedermann
Gegen Vorbestellung bereite ich Ihnen
gerne Ihre Lieblingspeise!



Auf Ihr Kommen freut sich
MATHILDE BAUDRAXLER
Tel.: 07247/7198

Ich bin für Sie da: Mi-Sa ab 16 Uhr, Sonntag ab 9.30 Uhr

Gasthaus Maier

Taufkirchen a. d. Tr. Nr. 5

Gepflegte
Speisen
und
Getränke

Schöner Gastgarten

RIEDER
BIER

Ing. Josef Bayer

Bau- und Zimmerei GmbH

4680 Haag am Hausruck
Lambacher Straße 17
Postf. 35, Tel. 0 77 32/22 61
Telefax 0 77 32/22 61 - 20



BAUMEISTER

ZIMMERMEISTER

SÄGEWERK

BAUSTOFFHANDEL



Augustin Kroiß

Spenglermeister - Dachdeckermeister



4681 Rottenbach
Holzhäuseln 6
Tel. 07732/2928

- Ausführung sämtlicher Spenglerarbeiten
- Dacheindeckungen aller Art
- Fassadenplatten für Wetter- u. Wärmeschutz



4681 ROTTENBACH 6

... täglich frisches
Brot aus Sauerteig

... täglich frisches
Gebäck aus Vollmilch

KRIPO



Prostitution im Wandel der Zeit

Obwohl die Prostitution als „ältestes Gewerbe der Welt“ bezeichnet wird, hat sich ihr Stellenwert in der heutigen Gesellschaft kaum verändert. So erfolgreich aber sogenannte „Sex-and-Crime“-Geschichten auch verfilmt oder als Aufhänger von den Medien verwendet werden, so sehr sie auch eine beliebte Basis für Fernseh- und andere Diskussionen bilden, so wenig weiß man in der Öffentlichkeit über die tatsächliche Entwicklung der Szene und deren Strukturen. Zielsicher werden jene Bereiche vermarktet, die Kassenerfolge versprechen oder Auflagen erhöhen könnten, ja sogar öffentlich-rechtliche Fernsehkanäle benützen dieses Thema, um mit „Dokumentationen“ gegen die Softpornos der Privatsender bestehen zu können.

Was sich jedoch in der Realität abspielt, wird gern verschämt hinweggeschwiegen. Denn die Wahrheit ist vom „Pretty-Woman-Idyll“ meilenweit entfernt. Daß eine Prostituierte vom Straßenstrich plötzlich auf einen Millionär trifft, der sie sofort heiratet, ist bestenfalls Wunschenken der Betroffenen. Und auch die in Fernsehdiskussionen manchmal anzutreffende Darstellung von Prostituierten als engagierte Frauenrechtlerinnen entspricht kaum der Wirklichkeit. All das, was hier vorgegaukelt wird, betrifft bestenfalls Einzelfälle – das Los der Prostituierten in Österreich und auch in anderen Ländern ist ein weitaus traurigeres. Speziell in Wien, der einzigen Millionenstadt Österreichs, ist das Rotlichtmilieu Schauplatz zahlreicher Schicksale, die sich meist anonym und im Verborgenen abspielen, und ebenso tristen, wie sie begonnen haben.

Die Situation hat sich verschärft

Speziell im Bereich des traditionellen Straßenstrichs hat sich die Situation in

den letzten Jahren deutlich verschärft und zum Negativen entwickelt. Noch vor 10 Jahren war die „klassische“ Prostituierte in Wien auf der Straße anzutreffen. Heute, mit wenigen Ausnahmen im Bereich des 2. Bezirkes, am Gürtel und in Teilen des 15. und 16. Bezirkes, trifft man kaum mehr jenen Typus der Prostituierten, die ihrem Geschäft nachgeht, um sich und ihrem Zuhälter ein angenehmes Leben zu ermöglichen. Stattdessen sind es schwer drogensüchtige Mädchen, die sich verkaufen, um für sich (und möglicherweise auch für ihren Freund) die benötigten Drogen finanzieren zu können. Meist handelt es sich dabei um Heroin, doch auch andere Drogen sind nicht selten.

Tatsächlich ist die Wahrheit hinter dem Drogenstrich eine erschütternde: Blutjunge Mädchen, oft nicht älter als 14 oder 15 Jahre, tun ohne jede ärztliche Kontrolle für Geld alles, was gerade von ihnen verlangt wird. Parallel zu dieser neuen Form von Prostitution hat sich auch eine neue Art des Zuhälters etabliert. Wurde früher noch peinlich genau darauf geachtet, daß Preise nicht unterlaufen wurden und nicht ohne Kondome gearbeitet wurde, gab es früher interne Regeln, die von den Beschützern auch überprüft wurden, so ist in der heutigen Drogen-Prostituierten-Szene nur ein Faktor wichtig: so schnell wie möglich zu Geld für den nächsten Schuß zu kommen.

So wie das Durchschnittsalter der Drogensüchtigen immer weiter sinkt, so sinkt auch das Alter der Mädchen, die für diese Drogen auf den Strich gehen. Eine Sache von Angebot und Nachfrage, würde man im Geschäftsleben sagen. Eine Prostituierte, die sich selbst mit einer gewissen Ironie als „altgediente Hure“ bezeichnet, kennt die Situation genau: „Wau'n'st heit am Strich no a Göd vadiena wüst, muaßt da Zopferln mochn, a Schuitoschn umhänga und a Schuitütin in



Unter uns gesagt

Ein grausames Spiel

Ein grausames Spiel, das sich die Dienstbehörde mit Kolleginnen der Sicherheitswache ausgedacht hat. Gemeint ist die Aufnahmeprüfung für den KRB-Kurs.

Hatte ich noch im Herbst des vergangenen Jahres allen Kollegen der Sicherheitswache auf Anfrage, wann mit dem nächsten Kriminalbeamtenkurs zu rechnen sei, erklärt, daß ich mir in naher Zukunft keinen Kurs vorstellen könnte, da noch zahlreiche Kollegen vom vergangenen Kurs auf freiverwendende Planstellen warten, wurde unmittelbar vor den Personalvertretungswahlen ein Aufhänger präsentiert: die Ausschreibung eines Kurses.

Unverständlich, war doch eher mit einer Reduzierung von Planstellen zu rechnen, beispielsweise alleine für Wien etwa 50 Stück.

Mit selten zuvor gesehenem Engagement wurden die Vorbereitungen für die Aufnahmeprüfungen von den SWB in Angriff genommen. Wußten sie doch auch, daß dies möglicherweise auf Jahre hinaus die letzte Gelegenheit zum Übertritt in den Kriminaldienst sein könnte. Urlaube wurden genommen, die Familie trat in den Hintergrund, um Zeit für den doch recht umfangreichen Lernstoff zu haben. Stoffweise wurden von den KRB-Abteilungen Kopienakte dawongeschleppt und um Rat und Informationen ersucht. Dann kam die Auswertung mit einer Reihung jener Beamten und Beamtinnen, die die erforderliche Punktezahl teilweise bei weitem überschritten hatten. Erleichterung und Freude in den Gesichtern – schließlich werden durch einen solchen Kurs die Weichen für die berufliche Zukunft gestellt.

Weniger spektakulär wurde der Schlussspunkt unter diese Geschichte gesetzt: Es gibt keinen KRB-Kurs.

War die Ausschreibung nur ein Jux, ein Irrtum oder...?

Es gibt für mich keinen Grund, auf den Gefühlen und Hoffnungen dieser jungen Kolleginnen und Kollegen herumzutrampeeln, aus welchen Gründen auch immer. Die Verantwortung dafür trägt der Minister.

Helmut Kamehl

d'Haund nehma. Daun zoin de Kunden jed'n Preis. Oda auf pervers, des is a guat. Sunst kaun'st ollas vagesn.“
Wie recht sie hat, zeigen die Ereignisse der letzten Monate. Wie der Skandal um die belgische Kinderschänderbande zeigte, wird heute mit Kinderpornos und Kindersex das große Geld gemacht. Wobei auch hier das Motto zu gelten scheint: Je jünger, desto besser.

Der Markt der Perversionen

Ein riesiger Markt ist jener Bereich, der von der Prostituierten auch angesprochen wurde, nämlich der jener sexuellen Aktivitäten, über die man normalerweise nicht einmal mit dem besten Freund spricht. Bei den meisten Prostituierten gibt es heute die Möglichkeit, Wünsche jeder Art gegen bare Münze auszuleben. Eine Prostituierte aus dem 16. Wiener Gemeindebezirk hat diese Marktlücke als eine der ersten erkannt. Sie stammt nicht aus dem traditionellen Prostituiertenmilieu, nämlich einer zerrütteten Familie, ei-



Prostitution mitten in Wien. Auf dem Straßenstrich findet man heute immer mehr Schulmädchen und Teenager

nem Kinder- oder Jugendheim, und belastet mit einem gewalttätigen Freund. Ihr Schicksal hatte seine Ursache in einem bankrotten und schwer verschuldeten Ehemann. Zwei Möglichkeiten, so sagt sie, habe es damals gegeben: „Gefängnis für meinen Mann wegen betrügerischer

Krida – oder den Strich.“ Sie entschied sich für den zweiten Weg. Eine durchaus gute Lösung, so meint sie heute, zumindest finanziell gesehen. Daß sie in den folgenden fünf Jahren um 15 Jahre gealtert ist und sich ihr Mann von ihr nach Bezahlung der Schulden getrennt hat, ist, wie sie selbst sagt, ein anderes Kapitel. Tatsache ist, daß sie sich auf Perversionen jeglicher Art spezialisiert hatte und damit viel Geld verdiente.

Aber wer sind nun diese Leute, die sich über Nacht in einen Käfig sperren lassen und dafür vier- bis fünfstelligen Beträge (je nach „Begleitmusik“) bezahlen?

„Meine Kunden“, so erzählt Maria (Name von Redaktion geändert), „sind im Regelfall aus der sogenannten besseren Gesellschaft. Leitende Angestellte, Beamte, Geschäftsleute. Ich mache nichts außer strenger Kammer, und dementsprechend sind auch die Preise. Verirrt sich wirklich einmal jemand zu mir, der normalen Sex möchte, setze ich den Preis so hoch an, daß es sich entweder auszahlt, oder er geht wovon wieder.“ Sie lebe, meint sie, vom Vertrauen der Kunden in ihre Diskretion: „Wir plaudern ein bißchen, sie schütten ihr Herz aus. Dann kommen wir zum Punkt.“

Tatsächlich macht sich Maria auch Gedanken über ihre Freier: „Vielfach ist es so, daß gerade jene Leute, die sonst irrsinnig dominant sind, auf sexueller Ebene das Bedürfnis nach Unterdrückung verspüren. Zu Hause oder bei der Freundin zu sagen, daß sie gerne Stiefel küssen würden, ist ihnen unmöglich. Darum kommen sie zu mir.“

Maria erzählt auch von einem hohen Beamten, den sie als Stammkunden hat: „Er hat ein Schließfach auf dem Westbahnhof, dort ist ein Koffer mit Gummikleidung und Tauchermaske deponiert. Einmal monatlich kommt er, zieht sich bei mir um und es genügt, wenn ich ihm die Nase zuhalte, bis er Erststückeranfalle bekommt. Eine

Sache von vielleicht zwanzig Minuten, länger nicht. Dann gibt's noch einen Whisky für ihn, und das war's“. Ein anderer Kunde Marias – einer ihrer besten, wie sie meint – ist ein Geschäftsmann, den sie, nur mit Lackstiefeln bekleidet, an der Leine im Zimmer herumführt: „Wenn

er andeutet, irgendwo markieren zu wollen, schimpfe ich mit ihm, das genügt.“ Leicht verdient Geld? Nicht ganz. Auch Maria hatte ihre Probleme mit dem Job, heute sieht sie sich weniger als Prostituierte denn als Seelenrösterin: „Anfangs kam ich mir dabei absolut idiotisch vor. Zwischenzeitlich fühle ich mich aber immer öfter als Psychiater für diese Leute. Als ich beispielsweise dem Kunden, den ich immer außerln führe, zum Geburtstag ein Hundehalsband geschenkt habe, hat er geheult wie ein kleines Kind. Es muß also mehr dahinterstecken als nur sexuelle Befriedigung. Diese Typen sind krank und ich helfe ihnen.“ Aber auch die Gutmütigkeit hat ihre Grenzen: „Sozialarbeiter bin ich deswegen noch lang keiner“, sagt Maria mit einem Augenzwinkern.

Begleitservice ist nicht gleich Begleitservice

Wie stark die Vereinsamung und das Bedürfnis nach Aussprache und Verständnis in einer immer brutaleren und rücksichtsloseren Gesellschaft tatsächlich ist, zeigen Organisationen, die als „Begleitservice“ ihre Dienste anbieten. Wenn auch die jeweiligen Agenturen ausdrücklich darauf hinweisen, daß sie nur Begleitpersonen vermitteln, und dies auch den dort beschäftigten Frauen nachweislich zu Kenntnis bringen, lassen sie doch oft durchblicken, was wirklich läuft.

Das Klischee versagt in diesem Bereich kräftig: Nicht nur Geschäftsleute auf der Durchreise beanspruchen solche Dienste. Hauptkunden sind vielmehr Österreicher sämtlicher sozialer Schichten, obwohl die Preise nicht gerade einladend sind. Einige tausend Schilling für ein paar Stunden Gesellschaft und (vielleicht gegen Aufzahlung) noch etwas mehr sind schnell gezahlt.

Umso erstaunlicher wird es, wenn man sich den Kundenkreis genauer ansieht. Einem kleinen Prozentsatz von seriösen Kunden, die tatsächlich nur Begleitung oder Unterhaltung bei einem Abendessen oder im Theater wollen, stehen Stammkunden gegenüber, die mitunter monatelang sparen müssen, um sich einen solchen Abend leisten zu können. Vielfach handelt es sich dabei um „scheidungsgefährdete“ Männer, aber auch Behinder-

te, die sich den Schein menschlicher Wärme und Zuneigung teuer erkaufen müssen, zählen zum Kundenkreis von Begleitservices. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß Stammkunden meist auch „Stammädchen“ haben, die sie zu sich bestellen. Das Hauptmotiv ist hierbei vielfach nicht der Wunsch nach sexueller Abwechslung, sondern schlicht Vereinsamung – ein Umstand, der zu denken geben sollte. Viele der Mädchen arbeiten nebenbei in sogenannten Massagesalons, die in den Tageszeitungen die Inseraten-spalten füllen und mehr oder weniger eindeutig ihre Dienste anbieten.

Beide Bereiche sind von der Exekutive kaum kontrollierbar. Ob es sich bei einem Massageinstitut um ein seriöses Institut oder ein verstecktes Bordell handelt, kann man im Regelfall erst dann nachweisen, wenn man ein eindeutiges Angebot bekommt. Hier stößt man an die Grenzen kriminalpolizeilicher Ermittlungsmöglichkeiten.

Menschenhandel aus Osteuropa

Sowohl in Begleitagenturen als auch in Massageinstituten dominieren heute Mädchen aus Süd- oder Osteuropa. Ähnlich ist die Situation in verschiedenen Nachtclubs und -bars. Unter dem Vorwand, Tänzerinnen oder Sängerinnen zu suchen, werden Mädchen aus Polen, Tschechien, der Slowakei und Rumänien nach Österreich importiert – tatsächlich importiert, denn diese Mädchen werden von den beteiligten Geschäftemachern ausschließlich als Ware betrachtet – Ware zum Zeitpunkt der Beschaffung in der Heimat und Ware beim Letztverbraucher in Österreich.

Gerade diese Mädchen, deren Ausbeu-

tung in der Gesellschaft die höchste Akzeptanz besitzt, sind es, die letztendlich den wenigsten Eigenprofit haben. Freilich kann man nicht sagen, daß alle Mädchen aus Osteuropa verschleppt oder unter falschen Voraussetzungen nach Österreich gelockt werden. Einige von ihnen wissen, welche Art der Beschäftigung auf sie zukommt – aber die finanziellen Aufwendungen, vor die sie gestellt werden, bevor sie selbst etwas verdienen können, sind den meisten unbekannt. Zunächst müssen die betroffenen Mädchen sämtliche entstandenen Kosten decken, das sind Aufwendungen für den Schlepper sowie der Preis, der dem Schlepper pro Mädchen bezahlt wurde. Auch die Unterkunft, ohnehin meist nicht mehr als ein Loch, ist nicht gratis – und oft geschieht es, daß zu dem Zeitpunkt, an dem von ihrer Tätigkeit auch für sie etwas übrigbleiben könnte, das Visum abgelaufen ist.

Jetzt gibt es nur zwei Möglichkeiten: ohne Visum hierzubleiben und zu warten, bis man abgeschoben wird, oder ohne Geld die Heimreise anzutreten. Auch die Unterkunft wird ohne Visum teurer, die Prozenze in der Bar werden weniger. Zudem achten die Arbeitgeber genau darauf, daß die Mädchen nicht mehr als ein- bis zweitausend Schilling Bargeld zur Verfügung haben. Schlimmstenfalls wird das Geld für sie angelegt, was sie selbst nicht können, da sie illegal in Österreich sind. Gibt es irgendwelche Probleme, genügt ein anonymer Anruf oder ein Schreiben an die Polizei, und das Mädchen wird nach der nächsten Kontrolle abgeseho-



ben. Einen Nachweis über ein allfälliges Sparbuch oder aufbewahrtes Geld gibt es nie. Das Fremdengesetz macht's möglich.

Hier auf alle Bereiche der Prostitution einzugehen, ist natürlich unmöglich. Trotzdem könnte auch dieser kleine Überblick für viele ein Denkanstoß sein – wenn man nachts durch die Mariahilfer Straße fährt und 15jährige Mädchen am Straßenrand stehen sieht, oder wenn ein Polterabend in einer Nachbar endet.

Denn auch wenn Prostitution ein Geschäft ist, und auch, wenn das Vorhandensein der Prostitution für niemanden mehr etwas Besonderes ist, so darf man doch eines nie vergessen: Es handelt sich um ein Geschäft, an dem Menschen beteiligt sind.

Helmut Kamehl

Reinhold Reitingner

Wimm 14
4085 Wesenufer/
Waldkirchen

Telefon
(0 77 18) 289

LEOPOLD ANTLINGER

Errichtung von Hauseinfahrten
Tankstelle • Transporte • Baggerung
Baustoffe • Brennstoffe • Mineralöle

4085 WALDKIRCHEN 15
Telefon (0 77 18) 262

Wiener Politiker im AVF-Interview: „Prostitution in Wien“

	<p>Die Geheimprostitution in Wien nimmt besorgniserregend zu. Wie sehen Sie als Politiker dieses Problem, und welche Maßnahmen soll man setzen?</p>	<p>Die Mädchen auf dem Straßenstrich sind teilweise sehr jung, oft auch drogenabhängig. Was würden Sie gegen diese Tendenz unternehmen?</p>
<p>Michael Häupl (SPÖ)</p>	<p>Derzeit wird von Juristen eine Novellierung des Wiener Prostitutionsgesetzes vorbereitet, die auch der Polizei die notwendige Handhabe für die Bekämpfung von Geheimprostitution geben soll. So soll künftig das Zutrittsrecht für die Polizei in allen Bereichen von gewerblichen Betrieben, in denen man Prostitution oder deren Anbahnung vermutet, gewährleistet sein.</p>	<p>Viele Studien beweisen: In der Mehrzahl haben Mädchen, die drogenabhängig sind und sich prostituieren, bereits dramatische Lebensschicksale hinter sich. Für diese Jugendlichen hält die Stadt daher eine Reihe von sozialen und therapeutischen Ausstiegshilfen bereit. Während das Hilfsnetz auf dieser Seite noch weiter ausgebaut wird, muß man in Hinkunft ein stärkeres Augenmerk auf die Freier – auch durch gezielte Polizeieinsätze – legen.</p>
<p>Rainer Pawkowicz (FPÖ)</p>	<p>Diese besorgniserregende Entwicklung in Wien ist eine der Folgen verfehlter sozialistischer Fremdenpolitik. Illegale Einwanderung sowie Menschenhandel vor allem aus Ländern des ehemaligen Ostblocks sind für den starken Anstieg der Geheimprostitution verantwortlich. Einzig wirksame Maßnahme dagegen können nur ein Einwanderungsstopp sein sowie die personelle Aufstockung der Exekutive und moderne Ausrüstung derselben. Dadurch könnte der Menschenhandel hintangehalten und unsere Grenzen zum Osten hin besser kontrolliert werden.</p>	<p>Im Gegensatz zu zahlreichen anderen Staaten der westlichen Welt, welche die Notwendigkeit einer restriktiven Drogenpolitik erkannt haben, will man die Drogen in Österreich liberalisieren. Namhafte Politiker von SPÖ, GAL und LIF sprechen sich für die gänzliche Freigabe sogenannter leichter Drogen aus und verschweigen die Gefahren, die sich hinter einem derartigen Schritt verbergen. Wir Freiheitlichen fordern ein hartes Durchgreifen bei sämtlichen Drogendelikten, geeignete Aufklärung der Jugend in den Schulen sowie genügend Therapieplätze für drogenabhängige Jugendliche. In diesem Zusammenhang muß selbstverständlich auch die Zwangseinweisung drogenabhängiger Jugendlicher zum Entzug diskutiert werden. Ein nicht süchtiger Jugendlicher benötigt keinen Straßenstrich, um sich dort Geld für Drogen zu verdienen, die Problematik würde sich daher minimieren.</p>
<p>Bernhard Görg (ÖVP)</p>	<p>Im Lichte von Aids, von dem Faktum, daß wir einen großen Zugang aus dem Ostblock haben, halte ich das für ein riesiges Problem. Man muß den Leuten sagen, daß sie das nicht unterstützen dürfen. Vor allem den Männern muß man sagen, daß sie einfach nicht zu Prostituierten gehen sollen.</p>	<p>Da kann Aufklärung helfen. Österreich ist derzeit eines der wenigen Länder, in denen der Heroinkonsum steigt, aber in anderen Ländern flüchten die Leute dafür in Ersatzdrogen. Was das Drogenproblem angeht, so muß ab der ersten Klasse ein Drogentag zur Aufklärung eingeführt werden. Und natürlich brauchen wir auch mehr Ausstattung und gesetzliche Grundlagen für die Exekutive.</p>
<p>Peter Pilz (Grüne)</p>	<p>Man muß sich den betroffenen Frauen gegenüber anständig verhalten. Es gibt da Fälle von Frauen, die in Wien keine Arbeitserlaubnis bekommen und dadurch in die Prostitution gedrängt werden. Das ist eine Riesengrauzone. Außerdem müssen Frauen, die bereit sind, aus der Szene aufzutauhen, geschützt werden. Es gibt in Wien ungefähr 2.500 betroffene Frauen, die manchmal in sklavenerartigen Zuständen gehalten werden. Wir brauchen Zeugenschutzprogramme, Wohnungen, eine Nichtabschiebegarantie. Die Frauen tauchen oft deshalb nicht bei Gericht auf, weil sie in Schubhaft genommen werden, sobald sie den Gerichtssaal verlassen. Durch die derzeitige Vorgangsweise der Behörden werden sie an ihren Zuhälter gebunden. Und dann brauchen wir mehr Beamte im Sicherheitsbüro, da sind derzeit nur zwei für solche Fälle zuständig.</p>	<p>Der Drogenstrich unterscheidet sich vom Import der Frauen aus Osteuropa. Das ist weniger eine Drogen- als eine Menschenhandelsgeschichte. Das Problem der drogenstüchtigen Prostituierten müßte man von der Drogenseite her angehen.</p>

<p>Geheimprostitution wird vielfach unter dem Deckmantel eines Begleitservices ausgeübt. Derzeit gibt es diesbezüglich keinerlei gesetzliche Handhabe.</p>	<p>Auch in Bars und Nachtlokalen sind Mädchen aus dem Ostblock beschäftigt, oft als Prostituierte. In diesem Bereich gibt es aber keine ärztliche Kontrolle, was für die Mädchen und für die Männer gefährlich ist. Wie würden Sie hier reagieren?</p>
<p>Das derzeit gültige Wiener Prostitutionsgesetz verbietet dezidiert die Prostitution in Wohnungen. Die Höchststrafen liegen im Erstfall bei 50.000 Schilling, im Wiederholungsfall bei 100.000 Schilling. Das rechtliche Instrumentarium ist also sehr wohl geschaffen, durch die Novellierung des entsprechenden Gesetzes wird aber auch hier eine bessere Handhabe für die Polizei hergestellt werden.</p>	<p>Nichtregistrierte Prostituierte aus Ländern des ehemaligen Ostblocks unterziehen sich, da sie in vielen Fällen sonst von Abschiebung bedroht wären, nicht den angebotenen Untersuchungen. Aus diesem Grund arbeiten Sozialarbeiter und Streetworker im Rahmen der MA 15 und der Suchtprävention daran, auch diese Frauen in ärztliche Betreuung einzubinden. Weiters ist im Rahmen der MA 15 die Einrichtung eines „STD-Busses“ (Sexual Transmitted Diseases-Bus) geplant – einer mobilen, niederschwellige Einrichtung, die Prostituierte, die sich oft nur für kurze Zeit in Österreich aufhalten, über die kostenlos angebotene medizinische Betreuung informiert. Auch hier gilt jedoch: Grundsätzlich besteht gemäß Prostitutionsgesetz eine Meldepflicht, deren Einhaltung von der Exekutive zu überwachen ist.</p>
<p>Geheimprostitution ist strafbar, egal ob der Kontakt über ein Begleitservice, eine Bar oder auf der Straße hergestellt wird. Nur durch das rigorose Einschreiten einer entsprechend ausgestatteten Exekutive kann dieser Entwicklung Einhalt geboten werden.</p>	<p>Hier verweise ich auf meine letzte Antwort. Darüber hinaus sollte man auch einen Appell an die „Kunden“ dieser Frauen und leider meist auch noch Mädchen richten. Das Angebot richtet sich nämlich immer nach der Nachfrage. Und diese Nachfrage dürfte sehr groß sein. Bei der großen Zahl der einer ärztlichen Kontrolle entzogenen Geheimprostituierten allerdings auch sehr gefährlich.</p>
<p>Damit habe ich nicht viel Erfahrung. Aber in bestimmten Branchen ist mit dem Gesetz nichts zu machen. Ich kenne mich auch in der Szene zuwenig aus. Man muß den Männern eben sagen, daß sie ihres eigenen Glückes Schmied sind. Mir tun nur die Mädchen leid...</p>	<p>Ich wäre schon für eine ärztliche Kontrolle, aber man kann ja in solchen Bars keine Razzien machen. Spontan sage ich natürlich, ja, es muß Kontrollen geben. Aber wie das in der Praxis aussehen soll, kann ich jetzt nicht sagen, das müßte ich mir erst durchdenken.</p>
<p>Ich glaube, daß Geheimprostitution weniger mit Begleitservices zu tun hat. Das spielt sich meist in Klubs ab. Bei den Escort-Services kenne ich mich weniger aus. Aber was soll die Polizei machen? Sie kann den Frauen nichts anbieten, außerdem sind die Beamten auch überlastet.</p>	<p>Man kann schließlich nicht in Bars gehen und Zwangsuntersuchungen durchführen. Kernpunkt ist, daß die Frauen eine Chance haben, aufzutauhen. Wir müssen ihnen ein faires Angebot machen. Das ist die Schlüsselgeschichte.</p>

DIE GEWERBEREGION GRIESKIRCHEN PRÄSENTIERT SICH:

HERMANN WETZLMAYER

- Mietwagen
- Krankentransporte
- Ausflugsfahrten
- Landmaschinenverkauf

4724 Neukirchen/Walde, Stocket 15
Telefon: 07278/3376



Autohaus Hacker

GÜNTHER HACKER

A-4724 NEUKIRCHEN/W. 125
TEL: 07278-225 • FAX: 225-73
AUTO: 0663-9178255

BEWÄHRTER SERVICE MIT FRISCHEM WIND

E.P.A. Elektro G.m.b.H.

Inh.: Hr. Huber

EPA

Elektroinstallationen • Planung • Anlagenbau

4723 Natternbach,
Tel. 07278/8453,
Fax 07278/8693-14

Bäckerei u. Konditorei Reisinger

Fadingerstraße 11, 4730 Waizenkirchen
Tel. 07277/2377



GASTHAUS SCHRANK

4724 Neukirchen am Walde • Hasledt 11
Telefon 0 72 78 / 227

GUTBÜRGERLICHE KÜCHE • GRILLSPEZIALITÄTEN
• GASTGARTEN

Niederleitner

Zimmerei – Dachdeckerei GmbH

4723 Natternbach · Tal 19
Tel. 0 72 78 / 84 14 · Fax 86 30

Etornit
Tonziegel

BRAMAC

VELUX
Dachfenster

ALOIS MÜHLBÖCK

Sägewerk + Hobelwerk

4722 Peuerbach, Sölden 1
Telefon 0 72 76 / 24 97



Ing. Martin Humer
GmbH. & Co KG

Baumeister – Zimmermeister
Baustoffe – Baumarkt – Holz
4722 Peuerbach, Schulplatz 4
Tel. 0 72 76 / 21 41, Fax 31 59



TOYOTA VERTRAGSPARTNER

Japans Nummer 1 im Bezirk Grieskirchen
Autohaus Lang – Gallspach

Verkauf – Werkstätte
Stifterstraße 6, 4713 Gallspach

Telefon 0 72 48 / 68 2 44



JUSTIZWACHE



Bericht eines Justizwachebeamten: Es geht voran...

Sicherheit ist in unserem Beruf eines der wichtigsten Themen. Uns geht es dabei in erster Linie um die Sicherheit jedes einzelnen Beamten.

Aus diesem Grund nehmen wir zur Zeit an einem Selbstverteidigungskurs in der Bundespolizeidirektion Eisenstadt teil. Die Ausbildung verläuft überraschend gut und ist sehr vielversprechend. Kollegen aller Altersschichten nehmen an diesem Kurs teil und alle sind begeistert. Als nächstes Ziel schwebt uns in Eisenstadt die RMS-Ausbildung vor. Wir hoffen auch in dieser Frage auf eine positive Unterstützung unserer Anstaltsleitung und des Justizministeriums. Außerdem sind bei uns die Sonderdienste mit Personenschutzanlagen (sogenannten „Piepserln“) ausgestattet. Es wurden bereits Gespräche mit dem Sicherheitsbeauftragten und dem Anstaltsleiterstellvertreter über die Anschaffung weiterer solcher Personenschutzanlagen

geführt. Denn diese „Piepserln“ sollen jedem Beamten, egal wo er sich gerade aufhält und in welcher Notsituation er sich gerade befindet, die Möglichkeit geben, seine Kollegen zu alarmieren. Die Personenschutzanlage ist nicht teuer und der beste Leibwächter für den Beamten. Wir hoffen auch in diesem Punkt auf die Unterstützung der Anstaltsleitung und des Justizministeriums. Wie wir an Beispielen in den Justizanstalten Göllersdorf und Gerasdorf gesehen haben, nimmt die Aggressivität der Häftlinge deutlich zu. Aus diesem Grund kann gar nicht genug für die Sicherheit des einzelnen Beamten getan werden. Daher sollten wir alle diesbezüglichen Möglichkeiten ausschöpfen.

Revierinspektor Gerhard Erdt

Über Personenschutzanlagen können Informationen bei den Kollegen Gerhard Erdt und Mario Schindler eingeholt werden.

Reformierung der E2a-Ausbildung

Die zeitliche Gestaltung der E2a-Ausbildung wird sich auf 32 Wochen erweitern. Die Reihenfolge der Einberufung wird sich voraussichtlich wie bisher gestalten. Begonnen wird mit einem 15tägigen Unterricht an der Justizwachsule. Danach erfolgt eine siebenwöchige Praxisausbildung in der Stammanstalt, worauf 79 Tage Unterricht in der Justizwachsule folgen. Dieser Unterricht umfaßt eine Ausbildung in den einzelnen Fachbereichen, Seminare, Exkursionen etc. Der Zentralausschuß stellte außerdem einen Antrag, daß in dieser Ausbildungsphase verschiedene Vollzugsformen besichtigt werden sollten. Die Prüfung ist nach wie vor in zwei Tage gegliedert, wobei das Diktat durch einen Bericht bzw. eine schriftliche Ausarbeitung ersetzt wird, bei der das Allgemeinwissen geprüft werden soll. Der Zentralausschuß beantragte auch, daß hierbei nicht auf den Inhalt Bedacht genommen werden solle, sondern nur auf Rechtschreibfehler.

Siegfried König



Unter uns gesagt

Spät, aber doch

Spät, aber doch, beginnt das Justizministerium auf die Initiativen einiger Justizwachebeamter zu reagieren. Spät, aber doch, stehen konkrete Verbesserungen in Ausrüstung und Ausbildung in Aussicht. Spät, aber doch – anders scheint es in Österreich nicht zu funktionieren. Die wiederholten Anregungen von betroffenen Beamten wurden so lang nicht gehört, bis es tatsächlich einige Fälle von Gewalt gegen Justizwachebeamte gab. Der schlimmste ereignete sich in der Justizanstalt Göllersdorf, wo ein Häftling die ihn betreuende Psychologin umbrachte. Erst danach fand in Österreich eine Diskussion zum Thema Strafvollzug statt, erst danach versprochen die österreichischen Regierungspolitiker Reformen. Reformen, die übrigens bis zum heutigen Tag kaum durchgeführt wurden. Man redet lieber in Österreich, man redet so lang über das bereits in den Brunnen gefallene Kind, bis drei andere hinterherstürzen – und dann hat man wieder einen Grund zu Weiterreden.

Nur durch die ständige Initiative der Betroffenen, nämlich der Justizwachebeamten selbst, gelingt es hin und wieder, Verbesserungsschritte durchzusetzen. Darum ist diese Initiative unverzichtbar. Wie man am Beispiel der nun angelaufenen Reformen hinsichtlich der Ausrüstung sieht, dauert es zwar lang, aber schlussendlich gibt es Erfolge. Darum ist es notwendig, daß die Beamten, trotz der anstrengenden Arbeit und trotz Phasen der Frustration, nicht aufgeben, sondern sich weiter engagieren und mit Herz bei der Sache sind. Schließlich geht es letztlich um ein großes, gemeinsames Anliegen: nämlich um Österreich.

Friedrich Böhm

Justizwache kontra Sonderdienste

Neben dem harten Beruf eines Justizwachebeamten gibt es noch andere Probleme in einigen Justizanstalten Österreichs: Die Zusammenarbeit mit den Sonderdiensten ist von einem gemeinschaftlichen Miteinander oft meilenweit entfernt. Große Auffassungsumterschiede in der Behandlung der Häftlinge machen die Arbeit für die Beamten nicht leichter – und gefährden mitunter sogar ihre Sicherheit.

Die Justizwache ist ein einheitlicher Exekutivkörper mit gleichem, übergeordnetem Aufgabenbereich (Vollzug von Freiheitsstrafen, Resozialisierung etc.), gleicher Uniformierung und gleicher Bewaffnung. Im gesamten Bundesgebiet Österreichs gibt es 29 Justizanstalten, von denen keine der anderen gleicht. Das resultiert aus den verschiedenen Vollzugsformen (es gibt etwa Sonderanstalten für geistig abnorme Rechtsbrecher, für jugendliche Straftäter etc.), der geographischen Lage und den unterschiedlichen Führungen der Anstalten. Aus diesem Grund ist das Problem, das dieser Artikel behandelt, Kollegen aus anderen Justizanstalten möglicherweise fremd. Österreich ist, was die Kriminalität anbelangt, längst keine Insel der Seligen mehr. Vermehrt kommen ausländische Kriminelle (etwa aus Osteuropa oder Afrika) mit einem ausgeprägten Hang zur Gewalt nach Österreich. Selbst das Bundesministerium für Justiz hat dieses Trends wegen einer Verbesserung der Ausrüstung und Ausbildung der Justizwachebeamten zugestimmt. Diese Verbesserung der Ausrüstung rief bei den Sonderdiensten (soziale Dienste,

Pflegedienste, Psychologen und Psychiater) Empörung hervor. Denn immer öfter kommt es zu Spannungen, wenn sich die Aufgabenbereiche der Sonderdienste und jene der Justizwache überschneiden. Große Probleme gibt es hier vor allem bezüglich des Hausarrests und der Absonderung. Tatsache ist, daß die Absonderung eines Insassen von den anderen die einzige Möglichkeit ist, um einem Häftling, der gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstößt (indem er etwa einen Beamten attackiert und womöglich verletzt), entgegenzutreten. Diese Maßnahme bringt natürlich für den Betroffenen einige Beschränkungen mit sich. Nach Absonderungen wird die Ordnungsstrafhafttauglichkeit durch einen Anstaltsarzt durchgeführt, der den Häftling auf auffällige gesundheitliche und geistige Beschwerden untersucht und bei Bedenken als nicht tauglich einstuft. Erweist sich der Häftling jedoch als tauglich, wird die Absonderung oder der Hausarrest durchgeführt. Erfahrungsgemäß tauchen jedoch Probleme auf, sobald der Betroffene mit den Angestellten der Sonderdienste in Kon-

takt kommt. Oft klagt er dann über Beschwerden, psychische Probleme oder gibt an, er sei geschlagen worden. Klagen, mit denen er bei den Sonderdiensten regelmäßig Gehör findet. Auf Anordnung des Pflegepersonals und nach einer Ferndiagnose des Inspektionsarztes kann es dann geschehen, daß der abgesonderte Häftling sofort auf die Krankenstation verlegt und am nächsten Tag als gesund entlassen wird. Der Verdacht liegt nahe, daß der Häftling auf diese Weise der Absonderung oder dem Hausarrest entgehen will.

Ein konkreter Fall zeigt deutlich, daß Justizwachebeamte bei ihrer Arbeit nicht unbedingt auf die Mithilfe der Sonderdienste zählen können: Ein Häftling wurde von der Polizei in die Anstalt gebracht. Der Verhaftete war bei seiner Einlieferung äußerst renitent und gewalttätig, so daß die Anwendung von maßhaltender Gewalt durchaus gerechtfertigt erschien, zumal sich der Häftling auch durch gutes Zureden nicht beschwichtigen ließ. Bei der Anwendung von maßhaltender Gewalt ist es nicht die Absicht der Beamten, dem Betroffenen Schmerzen oder gar Verletzungen zuzufügen. Ziel ist nur, den Häftling widerstands-, angriffs- und fluchtunfähig zu machen.

Im gegenständlichen Fall wurde der Betroffene von einem Arzt untersucht, ohne daß an ihm Verletzungen festgestellt werden konnten. Eine Krankenschwester, die Zeugin des Vorfalls wurde, veranlaßte trotzdem eine Vorführung und wird gegen die Beamten als Zeugin aussagen, da sie der Meinung ist, daß der Häftling mißhandelt wurde. Für die in diesen Fall verwickelten Justizwachebeamten bedeutet das, daß nach hausinternen Untersuchungen und Einvernahmen Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet wird. Auf neuerliche Einvernahmen folgt schließlich eine Verhandlung. Meist zieht sich diese Prozedur über mehrere Monate.

Im Umgang mit Inhaftierten erscheinen Krankenschwestern und -pfleger oft nicht ausreichend geschult, wie man an einem weiteren konkreten Beispiel sieht: Eine Schwester wollte einem an Aids erkrankten Insassen ein Medikament verabrei-



Zwischen dem Pflegepersonal in Justizwacheanstalten und den Justizwachebeamten kommt es oft zu Spannungen

chen, das offensichtlich nicht das richtige war, worauf der Häftling die Einnahme verweigerte. Da die Schwester auf der Einnahme bestand, kam es zu einem Handgemenge, wobei der anwesende Justizwachebeamte von dem Häftling mit einem Messer attackiert wurde. Nur durch den Einsatz des RMS konnte der Beamte die Situation bereinigen und verhindern, daß er selbst verletzt wurde. Die anschließende Absonderung des Insassen wollte die Schwester jedoch verhindern, indem sie erklärte, die Situation sei ganz anders gewesen, und zudem dürfe man den Häftling aus gesundheitlichen Gründen nicht absondern. Zwar wurde die Absonderung trotzdem durchgeführt, auf Betreiben der Krankenschwester und des Anstaltsarztes jedoch nach zwei Ta-

gen wieder aufgehoben. Zu einer Strafanzeige gegen den Häftling kam es bis heute nicht. Derartige Probleme nehmen in letzter Zeit überhand, und lassen sich auch mit Gesprächen mit den Vertretern der Sonderdienste nicht lösen. Auch die Anstaltsleitung scheint nicht bereit, den Justizwachebeamten in dieser Frage Rückendeckung zu geben. Um die Sicherheit für alle Beteiligten jedoch zu verbessern, wäre es notwendig, daß alle an einem Strang ziehen und nicht gegeneinander kämpfen. Die AUF wird dieses Problem weiter verfolgen und versuchen, die betroffenen Parteien zu klärenden Gesprächen einzuladen.

*Liebe Kollegen!
Nun ist es schon fast ein Jahr her, daß ich dank eurer kräftigen Unterstützung mit einem Mandat im Zentralaussschuß tätig bin. Eine Tätigkeit, die ich neben meiner Arbeit in der Justizanstalt Göllersdorf verrichte. Eine Dienstfreistellung wurde von den beiden Fraktionen FSG und GCG abgelehnt. Ebenso abgelehnt wurde mein Antrag auf eine Büroräumlichkeit im Zentralaussschuß. Das hat mich nicht sonderlich erschüttert, erschüttert hat mich hingegen, daß das Bundesministerium für Justiz meinen Antrag auf Zuweisung einer Büroräumlichkeit in der Justizanstalt Göllersdorf abgelehnt hat, zumal der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) bzw. allen anderen Zentralaussschußmitgliedern Räumlichkeiten zur Verfügung stehen.
Siegfried König*

Ziegler
A-4720 Neumarkt/H.
Vormarkt 16
Tel. 07733/78 67

GANZ- UND TEILKÖRPERMASSAGE
LYMPHDRAINAGE
FUSSREFLEXZONEN
MOXIBUSTION
BIORESONANZTHERAPIE
FARBLICHTTHERAPIE
AROMATHERAPIE
BACHBLÜTEN
EPILSOFT – dauerhafte Haarentfernung
SOLARIUM

Große Auswahl an naturgerechten Kosmetik- und Reinigungsprodukten, Naturkosk, Reformwaren etc.

MERLIN
Reform- u. Naturprodukte
6700 Bludenz, Gartenstraße 15, Tel. 05552/69 390

Roland Göschl
Vertragskundendienst
Audio-Video-Elektronik

Passende Techniken
SABA NORDMORDE TELEFUNKEN
SCHAUB LORENZ LUXOR
BLAUPUNKT
ITT NOKIA
SHARP

Telefon 0 66 2 + 88 23 07
Telefax 0 66 2 + 88 19 26
A-5020 SALZBURG • Bayerhamerstraße 12c

STEYR FIAT

Verkauf u. Vertragswerkstätte
Landmaschinen – Shell-Tankstelle

ANTON HARTL
4712 Michaelnbach, 07277/25 70

Reis
ORTHOPÄDIE-TECHNIK
ERWIN REIS

5020 SALZBURG, BAYERNSTRASSE 18, TEL. 0662/84 34 56
5204 STRASSWALCHEN, MARKTPLATZ 16, TEL. 06215/85 64
5212 SCHNEEGATTERN, HÖCKEN 8, TEL. 06218/31 52

CAFE CHRISTINE
GELATERIA

CH. PALZENBERGER
Bayernstraße 11 B
A-5020 Salzburg

Telefon
0662/83 38 44

Die Justizwache rüstet auf

Nach vermehrten Angriffen auf Justizwachebeamte wurde der Ruf nach verbesserter Ausrüstung erhört

In den letzten Jahren häuften sich die Angriffe auf Justizwachebeamte, teilweise kam es sogar zu schweren Verletzungen. Das tragischste Beispiel war der Mord an einer Psychologin in der Justizanstalt Göllersdorf. Die Ausrüstung der Justizwachebeamten war nur dürftig, während die Häftlinge immer besser organisiert und ausgerüstet sind. Das Justizministerium reagierte nur langsam, und erst, nachdem die Medien dieses Thema bereits aufgegriffen hatten.

Spät, aber doch, gerät nun einiges in Bewegung: Im Parlament wurde vor kurzem ein neues Justizwache-Befugnisgesetz verabschiedet, in dem auch einige Verbesserungen der Sicherheit der Beamten enthalten sind. So ist zum Beispiel das Durchsuchen von Besuchern nun möglich, während hierfür früher oft die Kollegen von der Sicherheitswache angefordert werden mußten, wenn der Verdacht auf Schmuggel von Rauschgift oder ähnlichem bestand. Auch eine neue Be-

waffnung ist vorgesehen: Nachdem die bisherigen Pistolen der Justizwachebeamten vom Typ Walther PP teilweise bereits älter als ihre Träger sind, wurde beschlossen, im Wege des Sachgüteraustausches vorerst 1.500 Stück Glock-17-Pistolen anzuschaffen, die durch die Umrüstung eines anderen Exekutivkörpers auf das Modell 19 frei wurden. Mit diesen Waffen sollen zunächst die größeren Anstalten, also die Justizanstalten Wien-Josefstadt, Stein, Graz-Karlau und



Garsten, ausgerüstet werden. Die verbleibenden Justizanstalten sollen im Lauf der Zeit und je nach Budgetlage mit den Pistolen versorgt werden. Ein entsprechendes Holster und die dazugehörige Munition werden auf dem Weg der Ausschreibung beschafft.

Teile der Justizwachebeamten wurden auch im Umgang mit dem RMS ausgebildet und damit ausgerüstet. Nachdem sich der RMS weltweit bewährt hat und auch bereits von unzähligen Exekutivkörpern geführt wird, ist es einigen engagierten Beamten zu verdanken, daß dieses Gerät nun auch bei der Justizwache vorhanden ist. (Über diese Ausbildung werden wir in einer der nächsten Ausgaben von „Blaulicht“ berichten.) Durch den hartnäckigen Einsatz von Bezirksinspektor Gassler ist es auch gelungen, in der Justizanstalt Wien-Josefstadt eine Justizwache-Einsatzgruppe (kurz JEG) einzurichten. In dieser Gruppe sind Beamte vertreten, die bereits eine Ausbildung in einer oder mehreren Kampfsportarten absolvierten und am RMS ausgebildet sind. Die Beamten der JEG sind durchwegs Freiwillige, die bei Bedarf zur Klärung brenzlicher Situationen herangezogen werden können. Derzeit wird versucht, ihre Ausbildung weiter zu verbes-

sern und vermehrte Trainingsmöglichkeiten zu schaffen. Auch soll in Zukunft mehr Augenmerk auf die Schießausbildung aller Justizwachebeamten gelegt werden. Derzeit findet einmal im Jahr ein mehr oder weniger realitätsfernes Übungsschießen statt, das kaum einen Justizwachebeamten wirklich befähigt, in

herrscht, zunächst die Erfahrungen der Kollegen aus anderen Ressorts abzuwarten, ist in dieser Hinsicht keine rasche Entscheidung zu erwarten, obwohl es sich bei dem Spray um ein billiges und effizientes Mittel handelt, das keine besondere Ausbildung notwendig macht.

Um das Justizministerium in Fragen der Ausrüstung für Justizwachebeamte wachzurütteln, bedarf es wohl weiter der Initiative und der Hartnäckigkeit einzelner Beamter. Die Reaktionen auf die veränderte Situation und auch auf geänderte Verhaltensweisen der Insassen der Anstalten erfolgt nur langsam und gemächlich. Auch wird von seiten des Ministeriums immer wieder das Argument des fehlenden Geldes ins Spiel gebracht, obwohl ebenso kostenintensive Verbesserungen zugunsten der Häftlinge meist ohne Verzögerungen umgesetzt werden können.

Der Eindruck, daß die Justizwache nur ein ungeliebtes „Anhängsel“ des Justizressorts darstellt, verstärkt sich durch solche Beobachtungen. Nur durch die Initiative der betroffenen Beamten können die jetzt schleppend anlaufenden Veränderungen beschleunigt und weitere Reformen durchgesetzt werden.

Th. Szraka

Fragen betreffend die Ausbildung
(Ablauf und Ausbildungsort) der Justizwachebeamten können an
Bezirksinspektor Gassler, Justizanstalt Josefstadt, Personalbüro,
Tel.-Nr. (0222) 40 4 03-3486, gerichtet werden.

einer plötzlich auftretenden Gefahrensituation, die den Gebrauch einer Schußwaffe erfordert, richtig zu reagieren. Überlegungen werden bezüglich des bei der Polizei eingeführten Pfeffersprays angestellt. Da aber hier die Meinung vor-

Fam. Kleinbrunner
Tel. 07418/7213

Hasen Stall
Das Erlebnis-Tanzlokal in Dimbach!

Gerlinger Edwin

**Baggerungen
Baumaschinenverleih**

4381 St. Nikola/D
Sattl 11

Tel. 07268/8008
Fax 07268/8008-4
Handy 0663/91 70 33-8

Hermann Stöger

TRANSPORTE • BAUSTOFFE
MIETWAGEN

4391 WALDHAUSEN, Handberg 42

Telefon 0 74 18 / 210
Telefax 0 74 18 / 343

**Gasthof
Alfred Fraundorfer**

4352 KLAM 1
Tel. 07269/72 06, Fax 72 06-4

Donnerstag Ruhetag
Ideal für Ausflüge und Busse

Ein wahrlich alteingesessener Mühlviertler Landgasthof: Schöne Komfortzimmer mit Balkon, mit Fresken verzierte Gastzimmer; der Gastgarten hin zur Kirche und herzhaftes Mühlviertler Kost.

Spenglerei Neulinger

4362 Bad Kreuzen Nr. 55

Tel. und Fax 07266/6647
Privat 6707

Bau- und Galanterie - Metaldächer und
Wandverkleidungen - Reparaturen -
Rohrisolierungen

HAMMERWERK
UNTERGAISBERG 15
A-4352 KLAM

TEL. 07266/6280
FAX 6156

PODLESNIC

LANDMASCHINEN
WERKSTÄTTE

CASE II

TREFFPUNKT

Kurvenwirt Bad Kreuzen Freizeitzentrum

Tel.: 07266/6298

Freibad • Tennishalle
Squashbox
Sauna Dampfbad Solarium Billard Dart Tischfußball

NACH DER EINFÜHRUNG DER SOGENANNTEN "BLAULICHTSTEUER" BEI VERKEHRSunFÄLLEN WIRD NUN EINE AUSWEITUNG DIESER STEUER AUCH AUF ANDERE TÄTIGKEITEN DER EXEKUTIVE IN ERWÄGUNG GEZOGEN...

DIE BLAULICHT- STEUER II

BANK

SO, SIE HABEN UNS ALSO GERUFEN...
... MAL SEHEN...
DAS WÄREN

3 FUNKWÄGEN... à 1000,- = 3000,-
10 SCHUSS MUNITION... à 2,5,- = 25,-
BESONDERES GEFÄHRDUNGSPAUSCHALE 1500,-
"BLAULICHT"-
UMSATZSTEUER 1000,-
ETC... ETC... ETC...



© 1996
Mitsch
AUSTRIA

DIE GEWERBEREGION WELS PRÄSENTIERT SICH:

Das Volksbank Urlaubsservice
Wir haben, was Sie für
unbeschwerte Tage brauchen.
Schönen Urlaub!



Volksbank.
Vertrauen verpflichtet.

Energie
Wirtschaftlichkeit
Weitblick



ELEKTRIZITÄTSWERK WELS

In Harmonie mit der Umwelt.

FLIESEN
MARMOR
GRANIT

KRATO
KERAMIK

4600 Wels, Vogelweiderplatz

Tel.: 0 72 42 / 47 5 94, Fax 42 8 67

Autotel.: 0663 / 917 92 40

PLANA

Kieserzeugungs- und Vertriebsgesellschaft m.b.H.
4652 FISCHLHAM
Tel. (07241) 22 70
Fax (07241) 22 70

Das Kieswerk Fischlham empfiehlt sich für sämtliche
Sand-, Kies- und Splittsorten in bester Qualität zu
günstigen Preisen.

WER BAUT – AUF PLANA VERTRAUT

Schuhhaus
Nix is Fix
Pletl

4600 Wels • Eferdinger Str. 10

Tel. 07242/47179

SICHERHEITSWACHE



Überstundeneinsparungen: „Schwarzer Peter“ für Sicherheitsverwaltung?

Sicherheitswache erreicht Sparziel problemlos

Seit Juli 1996 liegt dem Innenministerium ein Zwischenbericht über die Überstundeneinsparungen der Gruppe A-Bundespolizei vor. Aus diesem Bericht ergibt sich, daß die Sicherheitswache mit Ausnahme einiger kleinerer Polizeidirektionen das von der Bundesregierung vorgegebene Einsparungsziel erreichen wird. Der Kriminaldienst und die Sicherheitsdirektionen sind hingegen von der durchschnittlichen Einsparungsquote von rund sieben Prozent noch weit ent-

fernt. Bei der Sicherheitsverwaltung ist sogar eine generelle Steigerung der Überstunden gegenüber 1995 feststellbar.

1997 sollen laut Auftrag der Bundesregierung gegenüber dem für 1996 veranschlagten Betrag weitere 2,4 Prozent eingespart werden. Sollte nun das Sparziel für 1996 vom Kriminaldienst und der Sicherheitsverwaltung nicht erreicht werden, hätte letztere als größter Zweig der Bundespolizei den „Schwarzen Peter“.

Privatisierung der Monturwirtschaft?

Uniformsorten sollen künftig von daheim bestellt werden können

Nach vorliegenden Informationen sind Pläne zur Übernahme der Monturwirtschaften durch eine Privatfirma so weit vorangeschritten, daß zur Zeit bereits eine Ausschreibung läuft. Nach Durchsicht der Angebote sollen voraussichtlich mit 1. Jänner 1997 die Monturwirtschaften aufgelöst werden. Zukünftig könnte

nach einem Konzept des Innenministeriums jeder Sicherheitswachebeamte mit einem nach dem Beispiel eines Versandhauses gestalteten Katalog seine Uniformsorten persönlich von daheim bestellen. Die Uniformen sollen dann innerhalb von drei Werktagen zugestellt werden. Das jetzige Massaguthaben soll dann in 12 Teilen zu monatlich rund 320 Schilling auf das Konto des jeweiligen Massateilnehmers überwiesen werden. Die bestellten Uniformsorten sind von jedem Sicherheitswachebeamten in Folge mit diesem Guthaben zu bezahlen. Laut Aussagen aus dem Innenministerium stehen durch die Privatisierung der Monturwirtschaften rund 140 Exekutivbeamte (Polizei und Gendarmerie) zusätzlich zur Verfügung. Ob sich die geplante Umstellung bewähren wird, muß die Zukunft weisen.

Richtlinienänderung für die Gewährung von Vorschüssen

Die Richtlinien für die Gewährung von Vorschüssen wurden mit Juli 1996 geändert. Die geänderten Richtlinien können bei den AUF-Personalvertretern eingesehen werden.

Kompaktmesser für alle Sicherheitswachebeamten im Außendienst

Mit Anfang 1997 wird begonnen, jeden außendienstverehenden Sicherheitswachebeamten mit einem Kompaktmesser auszurüsten. Die AUF ist erfreut, daß vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung II/3, dieser Forderung entsprochen wurde.



**Unter
uns
gesagt**

**Sicherheitspolitische Überlegungen
in Deutschland**

Nach dem tödlichen Schuß auf einen Hamburger Polizisten hat die deutsche Polizeigewerkschaft nun Verkehrskontrollen mit gezogener Waffe gefordert. Doch solle man nicht in allen Details der amerikanischen Praxis folgen, sagte der bayrische Vizechef der Gewerkschaft im Beamtenbund, Georg Sachs. Es gehe um einen Mittelweg zwischen Zumutbarkeit und Sicherheit. Ähnlich hatte sich schon die Gewerkschaft der Polizei geäußert.

„Ich möchte den Bürger nicht dazu zwingen, seine Hände aufs Lenkrad zu legen oder aus dem Fenster zu halten“, sagte Sachs. Eine Polizeikontrolle dürfe nicht in eine Dressur ausarten. Allerdings würde er es begrüßen, wenn Autofahrer bei einer Kontrolle freiwillig Radio und Abblendlicht aus- und die Innenbeleuchtung anschalteten: „Dann weiß ich, der läßt sich kontrollieren.“ In aller Regel solle heute schon eine Polizeikontrolle mit zwei Beamten erfolgen, meinte Sachs weiter, wobei der eine nach den Papieren fragen und der andere mit der Waffe in der Hand die „Sicherungshaltung“ einnehmen solle. Denkbar sei in Deutschland auch, daß die Beamten im Streifenwagen den Verkehrsteilnehmer nicht erst überholen müßten, sondern zum Stehenbleiben auffordern könnten. Es sei zwar problematisch, drastische Maßnahmen zu fordern, wenn nur ein geringer Bruchteil der Bürger gewalttätig reagiere. „Aber da muß die Bevölkerung Verständnis haben, weil es um unsere Sicherheit geht“, meinte Sachs.

In Hamburg hatte in der vergangenen Woche ein Autofahrer, dessen Identität und Motiv noch immer nicht restlos geklärt sind, einen 34-jährigen Beamten erschossen. Der Polizist war allein auf Streife gewesen. Da Gewalt gegen Exekutivbeamte auch vor Österreichs Grenzen nicht haltmacht und in den letzten Jahren auch hierzulande eine Unzahl von verletzten und getöteten Exekutivbeamten zu beklagen war, sollten sich die verantwortlichen Politiker und Beamten im Innenministerium nach dem Vorbild von Georg Sachs auch über diese Problematik Gedanken machen – bevor wieder etwas passiert.

Horst Binder

DIE GEWERBEREGION WELS PRÄSENTIERT SICH:

EXKLUSIVVERTRIEB DER FA. KARL HESSL

FENSTER - TÜREN - ROLLADEN
WI BIRGIT WIMMER **PA**

A-4654 Bad Wimsbach, Sportstraße 13a
 Tel./Fax 0 72 45/25 6 01

Rudolf Obermair

Restaurator
 Stilmöbel

4600 Wels, Alfons-Herlein-Straße 20
 Tel. 0 72 42 / 55 3 43

Alfred
HASLINGER
 Bad Wimsbach
 Das Wimsbacher Taxi !!



PRILLINGER
 Ihr Ersatzteil-
 Profi

PRILLINGER GmbH.
 Wimpassingerstr. 81, Postfach 289
 A - 4600 Wels
 Tel.: 07242 / 230-0
 Telefax: 07242 / 230-50



PÖLLHUBER SCHWEISS-SERVICE

Mayersdorf 37, 4653 Eberstalzell Tel.: 0043 / 07241 / 5835
 Auto: 0663 / 9276481
 Fax: 0043 / 07241 / 58354

Service und Verkauf sämtlicher Schweißgeräte und Zubehör

SCHWEISSEN SCHNEIDEN ABSAUGEN

Lieferprogramm:

MIG-MAG-WIG-Schweißgeräte
 Pulsschweißanlagen
 Hochgeschwindigkeitsschweißanlagen
 Plasmaschneidgeräte
 Plasmaschneidbrenner+Verschleißteile
 Schweißvorrichtungen
 Mechanisierung+Automatisierung
 Absauganlagen f. Brennschneideanlagen
 Zentralabsauganlagen
 Sämtliches Schweiß-Zubehör



VOTTELER LACKTECHNIK
 Gesellschaft m.b.H.

Lacke u. Beizen für Holz
 Leime und Kleber
 Salzburger Straße 173, 4600 Wels
 Tel. 07242/759-0, Fax 07242/759-11

- Wärmepumpen
- Solaranlagen
- Gas
- Heizung
- Sanitär
- Badeinrichtung



Neubaauer-Holzinger GesmbH & Co. KG
 A-4650 Lambach, Salzburger Straße 77
 Tel. 07245 / 28 088, Fax 07245 / 32 7 51



Schauraumöffnungszeiten:
 Montag - Freitag 9.⁰⁰-17.⁰⁰ Uhr
 Besichtigung jederzeit möglich,
 Beratung nur nach Voranmeldung

Wels - Thaur/Innsbruck
Salzburg - St. Johann/T.

SICHERHEITSWACHE



Gewerkschaft stimmt Personalabbau bei Sicherheitswache zu

Die negativen Auswirkungen des Sparpakets beginnen zu greifen. Im Rahmen der Verhandlungen über das Sparpaket haben die Gewerkschaftsvertreter nun auch dem Personalabbau bei der Sicherheitswache zugestimmt. Die Auswirkungen dieser Verhandlungen treffen die Sicherheitswache wie ein Keulenschlag.

Diese Einsparungen betreffen vor allem Planstellen bei den FS/FM-Vermittlungen und den Fahrdiensten. Diese werden nun verstärkt absystemisiert, also ersatzlos gestrichen. Vor allem für ältere Kollegen, die bereits seit Jahren bei der Vermittlung oder dem Fahrdienst tätig sind, bedeutet diese Maßnahme eine Versetzung in die Wachzimmer. Die AUF spricht sich dafür aus, daß junge und voll ausgebildete Sicherheitswachebeamte Außendienst versehen sollen. In den letzten Monaten wurde jedoch

spürbar, daß die Zentralstelle personell stärker besetzt wird. Planstellen, die verstärkt den Außendienst belasten. Das führt dazu, daß ältere Kollegen und Kolleginnen, die möglicherweise in der einen oder anderen Form körperlich beeinträchtigt sind, wieder Außendienst verrichten müssen. Die Gruppe A-Bundespolizei wird 1996 und 1997 518 Planstellen verlieren. Dabei ist einer parlamentarischen Anfrageantwortung vom August 1996 zu entnehmen, daß noch immer nicht feststeht, wel-

che Planstellen in den Direktionen absystemisiert werden sollen, obwohl sie seit 1. Jänner des heurigen Jahres im Stellenplan des Innenministeriums nicht mehr aufscheinen.

Vor der letzten Personalvertretungswahl hatte die AUF eine geplante Dienstsystemänderung aufgezeigt. Zwar wollte das Innenministerium, wie Innenminister Caspar Einem meinte, unserer Fraktion nicht recht geben, weshalb eine generelle Dienstsystemänderung verhindert werden konnte. Die Vorschläge zur Reorganisation bei den Vermittlern und den Fahrdiensten sehen jedoch genau die von uns befürchtete Plandienstverschlechterung vor.



Die „Pensionsreform“ von Schlögl und Dohr



Bis zu 4.500 Schilling monatlich weniger für einen eingeteilten Beamten

Die Gewerkschaft öffentlicher Dienst ist über SP-Staatssekretär Karl Schlögl mehr denn verärgert. Ist er doch entgegen der getroffenen Vereinbarung mit den Plänen der „Pensionsreform“ für Beamte bereits vor dem Wahltag am 13. Oktober an die Öffentlichkeit gegangen. Ursprünglich war geplant, diese Reform erst Ende Oktober vorzustellen. So sieht die „Beamtenpensionsreform“ aus: Einführung eines Durchrechnungszeitraumes für Beamtenpensionen schrittweise bis zu einer Zeitspanne von 15 Jahren, was beispielsweise für einen 60-jährigen eingeteilten Beamten bis zu 4.500 Schilling monatlich weniger Pension bedeuten würde. Der Terminplan war zwischen Regierung und Gewerkschaft auch schon fixiert. Nach dem 13. Oktober hätte Schlögl die

sofortige Einführung des 15-jährigen Berechnungszeitraumes angesichts der tristen budgetären Lage fordern sollen. Daraufhin hätte die Gewerkschaft großspurig mit Kampfmaßnahmen gedroht und schließlich einen Berechnungszeitraum von „nur“ fünf Jahren erreicht. Nach der nächsten Personalvertretungswahl Ende 1999 ist dann der nächste Brocken geplant: Die Bundesregierung erhebt die Forderung nach einem 15-jährigen Berechnungszeitraum sowie mehrmaliges Aussetzen der Biennalsprünge. Hier soll dann die Gewerkschaft den 15 Jahren zustimmen, aber das Aussetzen der Biennalsprünge abermals wie schon 1995 „erfolgreich“ abwehren. Die AUF, sowohl aus dem Bundeskanzleramt als auch aus der Gewerkschaft öffentlicher Dienst immer gut informiert,

hat über derartige Pläne bereits mehrmals berichtet, die Gewerkschaft demeniert jedesmal heftig. Nur der Hoffnung Schlögl's auf ein Medienecho ist es nun zu verdanken, daß die geplanten Maßnahmen schon vor dem Wahltag am 13. Oktober offiziell bekanntgegeben worden sind. Die AUF hat als einzige Interessenvertretung für den öffentlichen Dienst konkrete Vorstellungen über die Zukunft der Beamtenpensionen: Bei Neueinstellung kann man über die normale ASVG-Versicherung (einschließlich ihrer Vor- und Nachteile) reden. Aber in bestehende Verträge darf nicht eingegriffen werden. Auch für öffentlich Bedienstete soll schließlich der Begriff der Rechtssicherheit kein Fremdwort sein!

Der Wirtschaftsvertreter im Europäischen Parlament...

Name: Mag. Erich L. Schreiner

Adresse: Kremserstr. 15, 3550 Langenlois

Geburtsdatum: 26. Juni 1950, verheiratet, 2 Kinder

Beruf: Wirtschaftstreuhänder, Unternehmensberater

politischer Werdegang:

- Seit 27. April 1972 Mitglied der FPÖ,
- 1973 bis 1977 Landesobmann des RFJ Niederösterreich
- 1980 bis 1991 Gemeinderat der Stadt Langenlois
- 13 Jahre Bezirksparteiobmann Krems/Land
- Seit 1990 Mitglied des Landesparteipräsidiums, Landesparteiobermannstellvertreter der FPÖ Niederösterreich und Mitglied des RFW-Landesvorstandes Niederösterreich
- Seit 1990 Abgeordneter zum Nationalrat (Finanz- und Wirtschaftssprecher)
- Seit 1. Jänner 1995 Mitglied des Europäischen Parlaments



Warum eine Vorzugsstimme bei der Europawahl am 13. Oktober 1996 für mich sinnvoll ist

- Ich hatte seit Beginn unserer Mitgliedschaft in der Europäischen Union die Gelegenheit, mich mit dem sehr umfangreichen und wichtigen Bereich der Förderungen und Beihilfen in den Zielgebieten 5b und 2, die fast alle Bundesländer betreffen, umfassend zu beschäftigen.
- Die Währungsunion nimmt immer mehr Gestalt an. Ich bin als Mitglied des Ausschusses für Wirtschafts-, Währungs- und Industriepolitik unmittelbar damit konfrontiert und habe mich in vielen Rahmenveranstaltungen informiert und eingearbeitet. Aufgrund meiner Wirtschaftskompetenz kann ich sicherstellen, daß ich mich für das Interesse

Österreichs – eine harte Währung zu erhalten – einsetzen werde. Sollte es beim Übergang vom „Schilling“ zum „Euro“ zu einer Währungsabwertung kommen, wäre dies die größte Geldvernichtung, die Österreich in der 2. Republik hat.

- Im Bereich der Wirtschaftspolitik, der Sicherung von Arbeitsplätzen und des Problembereiches Klein- und Mittelbetriebe ist noch sehr viel zu tun – geben Sie mir die Gelegenheit dazu!
- Die Musik spielt in Brüssel – dort sollen auch Personen tätig sein, die davon etwas verstehen. Deshalb müssen österreichische Mandatäre tätig sein, die dem Wirtschafts-, Arbeitsplatz- und Währungsbereich innerhalb der Europäischen Union den richtigen Stellenwert geben, und von denen unser Land profitieren kann.

Mit Ihrer Vorzugsstimme geben Sie mir die Möglichkeit, genau Ihre Interessen in Brüssel zu vertreten.

Nehmen Sie sich in der Wahlzelle ein paar Sekunden mehr Zeit – schreiben Sie neben die Parteibezeichnung **FPÖ** auch **SCHREINER**.

Liste Nr.	für die gewählte Partei im Kreis ein X einsetzen	Kurzbezeichnung	Parteibezeichnung	Bezeichnung eines Bewerbers durch den Wähler
3	<input checked="" type="checkbox"/>	FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs	SCHREINER

DIVERSES



Berufskrankheitenkatalog: Ein mögliches Eigentor?



Exekutivbeamte beim Sport: Die Exekutive ist mit keiner anderen Berufsgruppe vergleichbar

Derzeit ist es in aller Munde: Nach jahrelangen Versprechungen ist nun die Hoffnung berechtigt, daß endlich ein Berufskrankheitenkatalog für Österreichs Beamte eingeführt wird. Diesem Ziel war man noch nie so nah wie heute: Im Bundeskanzleramt wird von den zuständigen Referenten bereits eifrig an der Erstellung des Kataloges gearbeitet. Allerdings sollte man sich als Exekutivbeamter die Frage stellen, ob dieser Berufskrankheitenkatalog nicht eine heute noch kaum absehbare Gefahr in sich birgt.

Im Katalog sollen sehr allgemeine Formulierungen niedergeschrieben werden, was 90 Prozent der Erkrankungen der außendienstverehenden Beamten betrifft, wie etwa Kreuz- und Rückenschmerzen. Wer jahrelang bei der motorisierten Streife oder als PDHF seinen

Dienst versieht, kann von diesen Leiden ein Lied singen. Im Katalog werden solche Beschwerden jedoch als allgemeine Abnützungerscheinungen klassifiziert. Sollte nun ein Beamter aufgrund dieser oder ähnlicher Krankheiten um vorzeitige Ruhestandsversetzung ansuchen, wird es zu einer ärztlichen und rechtlichen Beurteilung kommen. Exekutiver Außendienst kann natürlich nicht mehr geleistet werden, daher wird die Exekutivdiensttauglichkeit des Betroffenen aberkannt. Jedoch wird man daran gehen, für solche Fälle eine sogenannte „bedingte Exekutivtauglichkeit“ zu schaffen, die auch im gegenständlichen Katalog verankert werden soll. Für den ehemals außendienstverehenden Exekutivbeamten, der durch seine jahrelange berufliche Tätigkeit nicht mehr imstande ist, Außendienst zu verrichten, bedeutet das den

Wegfall sämtlicher Zulagen, die er als voll exekutivdiensttauglicher Beamter erhalten hat, wie etwa die Exekutivdienstzulage oder die Gefahrenzulage. In weiterer Folge wird der Betroffene auf eine Innendienst- oder Verwaltungsdienststelle versetzt.

In Deutschland wurde bereits eine diesbezügliche Regelung getroffen: Mit dem 45. Lebensjahr muß sich jeder Exekutivbeamte des Außendienstes einer Exekutivdiensttauglichkeitsuntersuchung un-

Kfz  **REPARATUR**
MEISTERBETRIEB

Traktoren - LANDMASCHINEN
HANDEL - Reparatur - Ersatzteile

RUDOLF AMERSBERGER

4716 Hofkirchen, Hof 14
Telefon 0 77 34/22 47

 **Baggerungen**
Johann Öhlinger

4673 Gaspoltshofen
Untergrünzbach 8
Tel. 07735/6742
Auto. 0663/074576

Für Parties und Feste sind wir der Beste

BETRÄNKEMARKT

WIESINGER

PEUERBACH Chr.-Zellerstraße 18
Telefon (0 72 76) 24 13

TRANSPORTE

KLINGER

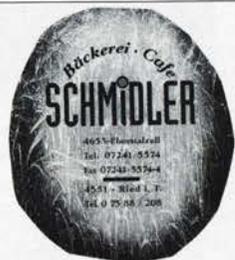
A-4673 Gaspoltshofen

DIE GEWERBEREGION WELS PRÄSENTIERT SICH:

Spitzbart Ges.m.b.H.

Transporte - Erdbau
Kanaldienst

Atzing 10 - 4652 Steinerkirchen
Tel.: 07241 / 2424 / FAX: 07241 / 2014



Wirt im Hafeld
Fam. Mayrdorfer
4652 Fischlham, Hafeld 18
Tel. 07241 / 23 28
Montag und Dienstag Ruhetag

'Handlbauer'

C'est la vie
DAS LEBEN. EIN FEST.



Tel. 07242/2001 Fax 07242/2001-50
H. HANDLBAUER GmbH
Welscher Schlachthof, Import - Export
Marcusstraße 21, 4600 Wels

WERKSTÄTTE FÜR
POLSTERMÖBEL UND RAUMAUSSTATTUNG
JALOUSIEN TEPPICHE
VORHÄNGE

h hochrainer

4651 STADL-PAURA, Gmundner Str. 23, Tel. (07245) 28007



Werkstätte und Lager:
Hafeld 5
A-4652 Fischlham
Tel. 0 72 45 / 25 010

Weisweilerstraße 14
A-4654 Bad Wimsbach-Neudharting
Tel. 0 72 45 / 25 649
Fax 0 72 45 / 25 649-4



Baggerungen - Transporte - Baumaschinen

Roman Neubacher

Fischerau 3, 4650 Lambach

Tel. 07245/28 8 90, Fax 31150, Auto Tel. 0663/78282
Auto Tel. 0663/070622

Baggerungen - Transporte - Baumaschinen



Transp. Ges.m.b.H

Wiesner Franz

Wipfing 92 Telefon 07241/5828 Fax 07241/5828

4653 Eberstallzell



Josef HENNERBICHLER
Friedhofstr. 16
4651 Stadl-Paura - Tel. 07245/41 58

Treffpunkt für JUNG und ALT !!

Freitag: STELZENABEND GRILLGERICHTE HAUSMANNSKOST Nicht zu vergessen: deftige JAUSE

Räumlichkeiten für TAUFEN - HOCHZEITEN - ZEHRUNGEN usw. Dazu servieren wir Ihnen erlesene „Spitzenweine“ und „süffigen MOST“ !!!

Geöffnet: 10 bis 24 Uhr
Montag RUHETAG Warme Küche: 11-14 und 18-22 Uhr

DIVERSES



terziehen. Wer den notwendigen Kriterien nicht mehr entspricht, wird bei Kürzung der Zulagen in den Innendienst versetzt.

Es ist kaum zu erwarten, daß ein speziell auf die österreichische Exekutive zugeschnittener Berufsrankheitenkatalog erstellt wird. Daher stellt sich die Frage, ob sich die „bedingte Exekutivdiensttauglichkeit“ nicht kontraproduktiv auf den Exekutivdienst auswirken kann. Vor al-

lem auch im Hinblick darauf, daß, Informationen aus dem Bundeskanzleramt zufolge, bereits an einem eigenen Pensionsystem für die Exekutive gearbeitet wird, in dem eine reguläre Versetzung in den Ruhestand mit Abschluß des 56. Lebensjahres möglich sein soll. Dieses neue Pensionsystem könnte bereits im Jahr 1997 beschlossen und umgesetzt werden. Die Richtlinien für den Berufsrankheitenkatalog werden im Bundeskanzleramt

mit der selbsternannten Polizeigewerkschaft verhandelt. In Anbetracht der dürftigen Verhandlungsergebnisse kann man das Verhandlungsteam nur auffordern, wachsam zu sein und sich durch die Bereiche Verwaltung und Lehrer nicht überfahren zu lassen. Andernfalls besteht die Gefahr, daß der Berufsrankheitenkatalog zu einem nicht wieder annullierbaren Eigentor wird.

Horst Binder

EBmarken ade: Nächstes Jahr kommen Lebensmittelschecks

Für alle Bereiche des Innenministeriums werden mit 1. Jänner 1997 Lebensmittelschecks, die pro Stück einen Einkaufswert von 13 Schilling repräsentieren, eingeführt. Nach genauer Prüfung der Angebote bekam die Firma SODEXHO den Zuschlag. Damit werden alle Kollegen und Kolleginnen Zugriff auf über 8.000 Geschäfte, Handelsketten und Restaurants im gesamten Bundesgebiet haben, in denen die Lebensmittelschecks eingelöst werden können.

Unverständlich ist dabei nur, daß der Wert dieser Schecks im Sozialministerium mit 15 Schilling beziffert wird.



Gärtnerei MAIER

Blumen für Haus und Garten
Moderne Blumenbinderei
und Baumschule

Affnang 3
Tel. (0 77 35) 69 34
4673 Gaspoltshofen



Bau Ges.m.b.H. / Zimmerei
Baumarkt

Erdarbeiten
Fachberatung

A-4673 Gaspoltshofen
07735/6804 · Fax 07735/7031
Hauptstraße 54



Getränkhandel - Festausstattung

SEIRINGER

Komplettausstatter für Partys u. Feste
4673 Affnang, Tel. u. Fax 07735/6993, Mobiltel. 0663/076231

ALEXANDER R. LIEB

STROHHADEL
MOBILTEL. 0663/927 21 87

TEL. 07954/2438

ST. GEORGEN/WALDE
OTTENSCHLAG 16

DIE GEWERBEREGION WELS PRÄSENTIERT SICH:

Warum sind manche **FARBEN** irreführend?

Telefon (0 72 42) 2010 Fax (0 72 42) 431146
KORST-SCHWARZ GmbH
 Süßbinger Straße 173, A-4600 Wels
 LACK - ANLAGEN - UMWELTECHNIK

Die neue Lust am Auto.



Der Audi A4 Avant.
 Jetzt bei uns. Willkommen zur Probefahrt!

AVEG Wels
 4600 Wels, Tel.: 0 72 42 / 62 3 47 - Fax 40
 Ferdinand-Dragoner-Str. 67

Die neue **Civic-Klasse.** *Eine Klasse für sich.*

Mobile Menschen erfahren jetzt in überzeugender Weise ihre Individualität. Mit der neuen Civic-Generation: Sportive Dreifach-Konfortable Linienzüge und lamellenfreundliche Flatfächer. Kurz: eine perfekte Triade, die punkto Leistung und Sparsamkeit neue Maßstäbe setzt - dank intelligenter VTEC-Motortechnologie. Und beim Fahrkonfort mit Sicherheit neue Weichen. Die neue Honda Civic-Klasse: die intelligente Form von Mobilität. Ab 05 166 900.

MÜHLBACHLER
 Eferdinger Straße 65, 4600 Wels, 07242/62 9 02

Schnelli's & Gisi's

Original **Bosna** Schnellimbüß
 Linzerstraße 2
 4650 Lambach
 Tel: 07245/21550

Hamburger **Heiße Würstel**

Öffnungszeiten: Montag - Samstag 8.⁰⁰ - 22.⁰⁰ Uhr
 Sonntag Ruhetag

HEIZKOSTEN SPAREN BIS 50%

GERNOT FICKER ISOLIERTECHNIK

Wärme - Kälte - Schallsisolierung
 Brandschutz - Spenglerei

A-4651 STADL-PAURA, Salzstr. 1, Tel. 07245-22030 Fax Dw. 13

fukschal

E & M Lukschal Strick- und Wirkwarenherzeugung
 A-4650 Edt/Lambach Traunstraße 20
 Tel. 07245/28270
 Fax 07245/28233

Erzeugung von **Arbeitshandschuhen, schwerentflammbarer Unterwäsche und Kopfschutzhauben**

BAU- UND MÖBELTISCHLEREI

PETER BAUER

4652 FISCHLHAM, HEITZING 3
 TEL. (0 72 41) 54 18
 FAX (0 72 41) 54 18

GENDARMERIE



Grenzkontrollen und Grenzüberwachung

Vorbereitungen für den Aufbau eines Grenzdienstes sind im Gange

Durch den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union und damit zum Schengener Abkommen am 28. April 1995 hat sich Österreich zu einer wirkungsvollen Sicherung seiner EU-Außengrenzen im gesamten Verlauf verpflichtet. Diese Verpflichtung erfordert eine Neuorganisation der Grenzkontrolle und Grenzüberwachung in Österreich. Gemäß dem Übereinkommen der österreichischen Bundesregierung wird die Grenzkontrolle und Grenzüberwachung an der EU-Außengrenze künftig nicht mehr ausschließlich aufgrund einer Übertragung an Zollorgane, sondern an der Grenze zu Tschechien, der Slowakei, Ungarn und Slowenien primär von dem im Rahmen der Bundesgendarmerie errichteten Grenzdienst durchzuführen sein.

Die Vorbereitungen für den Aufbau des Grenzdienstes sind derzeit bereits voll im Gange. Seit Oktober 1995 erfolgt aufgrund personeller Umschichtungen von der Zollwache (die dem Bundesministerium für Finanzen untersteht) zur Bundesgendarmerie (Bundesministerium für Inneres) an ausgesuchten Grenzübergangsstellen der Einstieg in die Grenzkontrolle bei der Einreise. An der EU-Außengrenze im Osten sowie im Bereich der EU-Außengrenze zur Schweiz und zu Liechtenstein wird die Grenzkontrolle vorübergehend, ebenso wie jene an der EU-Binnengrenze zu Deutschland und Italien bis zum Wegfall der Binnengrenzkontrolle mittels Übertragung von Zollorganen durchgeführt werden. Somit beträgt nach dem derzeitigen Stand die künftig zu überwachende Außengrenze insgesamt 1.890,5 Kilometer. Davon entfallen auf den Bereich der EU-Ostgrenze (Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien) 1.259,2 Kilometer, der EU-Westgrenze (Schweiz und Liechtenstein) 201,3 Kilometer, und zur Grenze zu

Italien, obwohl es Mitglied der EU ist, 430 Kilometer.

Ausbildung

Neben der allgemeinen gendarmeriespezifischen Ausbildung ist im Bereich des Grenzdienstes die Durchführung spezifischer grenzpolizeilicher Fachausbildung unerlässlich. Die im Grenzdienst eingesetzten Bediensteten werden derzeit zusätzlich in den Bereichen geschult: Erkennen von ge- und verfälschten Dokumenten, Erkennen gestohlener und verschobener Kraftfahrzeuge, grenzüberschreitender Suchtgifthandel, Bekämpfung der organisierten Schlepperei, Vollzug grenzspezifischer kraftfahrrechtlicher Bestimmungen bei der Einreise nach Österreich, Asyl-, Fremden- und Grenzkontrollrecht. In Verbindung mit diesen Schulungsmaßnahmen werden den Dienststellen die spezifischen Kontrollgeräte zur Verfügung gestellt, um mit dem vermittelten Wissen die entsprechenden Überprüfungen durchführen zu können.

Grundsatzorganisation der gesamten Grenzüberwachung

Aufgrund der vorliegenden Erfordernisse und Erkenntnisse wurde vom Bundesministerium für Inneres seit 1994 die Planung für eine entsprechende Grenzkontrolle und Grenzüberwachung durchgeführt, die von folgenden grundsätzlichen Überlegungen getragen war: Organisatorische Einbindung der Organe in das Innenressort insbesondere an der Grünen Grenze und größeren Grenzübergangsstellen, um einerseits Doppel-



Personalvertretung unter die Lupe genommen

Zusehends hat es den Anschein, daß in der Gewerkschaft jene regieren bzw. das Sagen haben, die lediglich Handlanger der Regierungsparteien und vor allem auf die Erhaltung ihre eigenen Stellung, Bezüge und Privilegien bedacht sind. Dies ließ sich leicht ändern. Es müßten nur mehr Bedienstete die Konsequenzen ziehen. Dies könnte einerseits durch Ändern des Wahlverfahrens bei der Personalvertretungswahl, und andererseits in Form von Austrittsdrohungen aus der Gewerkschaft geschehen. Was sich damit aber nur indirekt ändern läßt, ist die tägliche Arbeit der Personalvertretung. Auch dort ist es nicht zum Besten bestellt. Trotz gegenteiliger Aussagen in der Öffentlichkeit tritt die Regierung der Personalvertretung unter dem Motto „Nichts geht mehr“ gegenüber. Geprägt vom voraussetzenden Gehorsam bleiben daher für die regierungstreuen Fraktionen nur wenige Tätigungsmöglichkeiten. An erster Stelle stehen Beschwichtigungsversuche unter dem Motto „WIR HABEN ERREICHT, daß uns nicht noch viel mehr genommen wurde...“, gefolgt vom Aufbau eines Feindbildes: „Die schlimme AUF...“.

Dadurch sinkt nicht nur der Stellenwert der Personalvertretung in der Beamtenschaft, sondern die Personalvertretung wird vom Dienstgebervertreter kaum mehr ernst genommen. Gegenmaßnahmen stellen sich so dar: Die FSGler laufen bei jeder sich bietenden Gelegenheit zum Innenminister aber nicht um ihr politisches Nahverhältnis zum Innenminister im Sinne der Personalvertretung zu nützen, sondern lediglich um eigene Fraktionsinteressen anzubringen. Daß sie damit dem Kollegialorgan und der Kollegenschaft in den Rücken fallen, stört sie nur sehr wenig. Wenn es darum geht zu verhandeln, sitzen sie da wie Galionsfiguren von denen man annehmen könnte, sie seien der Sprache nicht mächtig. Erst hinterher kommt man darauf, daß alles unter dem Motto: „Unser Minister wird's schon richten“ läuft. Im Gegensatz dazu ärgern sich die FCGler darüber maßlos, stehen aber zu hart unter der Knute der regierungstreuen Gewerkschaft. Es bleibt die Frage: „Wie lange müssen wir uns das noch gefallen lassen?“ oder „Wann hat man die Gendarmerie zu Tode intrigiert?“

Josef Wagenthaler

FRANZ
HEINDL

A-4363 PABNEUKIRCHEN 112
TEL & FAX - 07265/724
MOBILTEL. 0663/9178443

- ◀ WAND Ausführung sämtlicher Innenausbauarbeiten
in Holz und Gips
◀ BODEN Mineralfaserdecken für Geschäftsräume
◀ DECKE Feuchtraumdecken
Stuckdecken
Fußböden aller Art
Möbelhandel
- **KANN'S**

Das Haus mit den
kompletten Angeboten

ADEG
KAUFHAUS
GROSS

4362 BAD KNEUZEHN 5 - TEL. 0 72 66 / 68 11
Wir arbeiten mit folgenden Partnern zusammen:

ADEG 100 Jahre am österreichischen Markt

TANKSTELLE
mit SB-Tankomat

Problemloses Tanken von 6-22 Uhr



Energie



Entdecken Sie die Welt des
natürlichen Wohnens im
großen ANREI-Wohnbuch.

Mit mehr als 400 Farbabbildungen
auf 142 Seiten enthält es viele
Anregungen und Ideen für zu Hause.
Erhältlich bei ANREI gegen eine
Schutzgebühr von öS 100,-.

Möbel zum
Wohlfühlen

ANREI-Reisinger GmbH
A-4363 Pabneukirchen 80
Telefon: 07265/505-0, Fax 505-46



Die Günstigen!

MANN
HOLZ
MASCHINEN

GRATIS
Prospekt anfordern
Neu und Gebraucht

Holzmann Maschinen Humer GmbH
A-4730 Heiligenberg bei Waizkirchen, Süssenbach 5
Tel.: 07277/6326, Fax: 07277/6326-4



Ausflugziel - Jausenstation Parditschhof 1643 m

für alle Naturfreunde mit Blick ins Engadin und zum
Ortler. Heimische Küche mit Produkten aus der eigenen
Landwirtschaft. Auf Ihren Besuch freut sich Fam. Hans
Zegg jun., 6543 Nauders 165, Tel. 05473/339

BE HAPPY
price paradise

MOLNAR HANDELSGES. m.b.H.
IMPORT-EXPORT

GREIN HAUPTSTR. 30

SONDERPOSTEN GROSS- U. EINZELHANDEL

TEL. & FAX: 07268/7815



**Täglich frisch
auf den Tisch
Brot und Gebäck aus der**

Bäckerei SELLE WESENUFER

Seit drei Generationen (1899) gibt es in
Wesenufer das gute SELLE-BROT

GENDARMERIE



AVF

gleisigkeiten zu vermeiden und andererseits durch den direkten Zugriff ein rasches Reagieren auf die sich ständig verändernden Verhaltensweisen des polizeilichen Gegenübers insbesondere im Rahmen der organisierten Kriminalität sicherstellen zu können; Aufbau des Grenzdienstes im Rahmen der Bundesgendarmerie, um bereits bestehende Verwaltung- und Führungsstrukturen zu nutzen, die örtliche Zuständigkeit eines Wachkörpers mit den daraus resultierenden Koordinationsmöglichkeiten sicherzustellen und bereits die Überleitung von Zollwachebeamten für den Fall des Beitritts östlicher Nachbarstaaten zur Europäischen Union vorbereiten zu können; Sicherstellung der erforderlichen Kontrollstandards unter weitestgehender Vermeidung der Beeinträchtigung des Reiseverkehrs.

Unter Berücksichtigung einer größtmöglichen Ausgabenminimierung wird die Grenzkontrolle und Grenzüberwachung an der Außengrenze folgendermaßen durchgeführt:

- 1. Grenzdienst der Bundesgendarmerie**
Dem Grenzdienst der Bundesgendarmerie obliegt künftig
- die Überwachung der gesamten Grünen und Blauen Grenze im Bereich der EU-Ostgrenze, die Grenzkontrolle an 20 Zolllämtern 1. Klasse und 10 Zolllämtern 2. Klasse inklusive der Bahnlinien,
- im Flugverkehr die Grenzkontrolle an

Grenzüberwachung:

zu Tschechien	461,1 km
zur Slowakei	106,7 km
zu Ungarn	356,4 km
zu Slowenien	330,0 km
zur Schweiz	166,3 km
zu Liechtenstein	35,0 km
zu Italien	430,0 km

Grenzüberwachung der einzelnen Bundesländer:

Burgenland:
397,4 km (Slowakei 26 km, Ungarn 356,4 km und Slowenien 15 km)

Kärnten:
279,7 km (Slowenien 169,7 km, Italien 110 km)

Niederösterreich:
414,3 km (Tschechien 333,6 km, Slowakei 80,7 km)

Oberösterreich:
132,5 km (Tschechien)

Salzburg:
10,0 km (Italien)

Steiermark:
145,3 km (Slowenien)

Tirol:
369,0 km (Schweiz 58,1 km, Italien 310,9 km)

Vorarlberg:
143,2 km (Schweiz 108,2 km, Liechtenstein 35 km)

Im Bereich der Außengrenze befinden sich:

- 67 größere Straßenübergangsstellen
- 90 Weg- und temporär geöffnete Straßenübergangsstellen
- 21 Bahnübergänge
- 66 Flughäfen, Flugfelder und Hubschrauberlandeplätze
- 6 Übergänge an der Blauen Grenze

den Flughäfen Graz und Linz/Hörsching sowie 52 Flugfeldern im örtlichen Bereich der Bundesgendarmerie.

- 2. Bundespolizeidirektionen:**
Um die Vorteile der Zuständigkeit eines Wachkörpers im jeweiligen Wirkungsbereich nutzen zu können, wird unter Beachtung der geltenden Behördenzuständigkeit die Grenzkontrolle auf den Flug-

häfen Wien-Schwechat, Klagenfurt-Wörthersee, Völtendorf-St.Pölten, Linz-Ost und dem Hubschrauberlandeplatz Hallegg sowie der Grenzkontrollstellen Wien-Praterkai von den Organen der jeweils zuständigen Bundespolizeidirektion durchgeführt.

- 3. Zollorgane**
Im Hinblick auf künftig absehbare Änderungen der Stellung der Schweiz und Liechtensteins zu den Schengener Staaten sowie auf den beabsichtigten Beitritt Italiens zum Schengener Übereinkommen verbleibt die Grenzkontrolle an diesen Grenzen sowie auf den Flugfeldern Freistadt, Schärding-Suben, Reutte-Häfen einstweilen bei Zollorganen. Des weiteren werden aus Kostengründen alle verbleibenden kleineren Grenzübergangsstellen an der EU-Ostgrenze von Zollorganen im Zusammenhang mit der Wahrnehmung ihrer zollrechtlichen Aufgabenstellungen betraut werden.

- 4. Bundesheer**
Vorübergehende Fortsetzung des Assistenzeinsatzes des Bundesheeres an der Grenze zu Ungarn für die Dauer dieser Legislaturperiode, bis der Grenzdienst



GASTHAUS »Zum guten Sirten«

SCHÖNER GASTGARTEN
UND GÄSTEZIMMER

BAHNHOFSTRASSE 1
A-5020 SALZBURG
TELEFON (0662) 51 0 06

CAMF

Productions

3D Animation
Visualisierung
Entertainment

CAMF Productions Ges.m.b.H.

A-5026 Salzburg
Aigner Straße 78

Tel. (0662) 62 08 30
Fax (0662) 62 08 30-10

TDK



ONE
REAL

SCHIMEK ELECTRONICS
Vertriebsgesellschaft m.b.H.
Breitenfelderstraße 43
A-5027 Salzburg
Telefon 0662/87 66 63
Telefax 0662/87 43 13

TRACK



AUTOMOBILE VON FREY

HAIR- NEWS

5020 Salzburg, Alpenstraße 36 A
Telefon (0662) 62 15 08



KLAUS MÜLLER

Planung und Bau von Sanitär-,
Heizungs- und Gas-
Anlagen/Pumpen
Wärmepumpen - Solaranlagen
Schlagbrunnen - Alternativ
Energieanlagen

5026 SALZBURG, AIGNER STRASSE 63

TELEFON (0662) 62 32 20
TELEFAX (0662) 62 32 20-13

SCHWAB

Maschinenhandelsges.m.b.H.
Honda-Motorgeräte
Fachwerkstätte

5020 Salzburg, Breitenfelder Straße 18a
Telefon (0662) 87 73 17
Telefax (0662) 87 73 17

SPANNHEBENDE
CNC-BERATUNGSTECHNIK

EMT

ENZERSBERGER METALLTECHNIK

GESELLSCHAFT M.B.H. & CO. KG
A-5303 Thalgau-Salzburg - Austria

Telefon (06235) 67 77-0
Telex 632412, Telefax (06235) 67 78 14

GENDARMERIE



der Bundesgendarmerie den Vollausbau
in diesem Bereich durchgeführt hat.

Grenzpolizei - Zollkontrolle

Die zollrechtliche Überwachung der
Grünen Grenze erfolgt im Bereich der
EU-Außengrenze im Osten Österreichs
durch den Grenzdienst der Bundesgen-
darmerie im Rahmen des Streifendienstes.

Bei Zollämtern 1. Klasse im Bereich der
EU-Ostgrenze, der Bahnübergänge sowie
der Flughäfen Graz und Linz/Hörsching
wird aufgrund des quantitativen Ar-
beitsanfalles und zur Sicherstellung der
erforderlichen Qualität die Kontrolle in
grenzpolizeilicher Hinsicht von Organen
der Bundesgendarmerie und in zoll-
rechtlichen Belangen von Zollorganen
durchgeführt werden.

Bei allen anderen Grenzübergängen im
Bereich der EU-Ostgrenze werden im Fa-
le der Stationierung des Grenzdienstes
der Bundesgendarmerie von diesem auch
zollrechtliche Belange behandelt, sofern
dort kein Zollorgan zur weiteren Bear-
beitung zur Verfügung steht. Umgekehrt
obliegt die Aufarbeitung sicherheits- und
kriminalpolizeilicher Belange bei Durch-
führung der Grenzkontrolle durch Zoll-
organe jedenfalls der Bundesgendarmerie.
Diese Aufarbeitung zur Sicherstel-
lung der qualitativen Erfordernisse und
raschen Sicherung der Erkenntnisse für
entsprechende polizeiliche Auswertung
erfolgt einerseits durch bestehende ört-
lich zuständige Gendarmeriedienststel-
len, und andererseits bei hohem qualita-
tiven Anfall durch die Entsendung von
Aufarbeitungsbeamten während der Öff-
nungszeiten.

Die entsprechenden legislativen Maß-
nahmen in Form der Novellierung des
Zollrechtlichen Durchführungsgesetzes
sowie des neuen Grenzkontrollgesetzes
traten mit 1. September 1996 in Kraft.
Durch diese Vorgangsweise ist sicherge-
stellt, daß parallele Kontrollen durch Or-
gane der Bundesgendarmerie und Zoll-
organe nur im unbedingt erforderlichen
Ausmaß und ausschließlich durch Ange-
hörige eines Wachkörpers vorgenommen
werden.

Organisation des Grenzdienstes

Um der Aufgabenstellung mit größtmög-
licher Effizienz unter gleichzeitiger Kos-
tenminimierung für Verwaltung und
Logistik durch Nutzung der bereits be-
stehenden Organisationsstruktur der
Bundesgendarmerie entsprechen zu könn-
en, wurde der Grenzdienst nicht als ei-
genständige Organisationseinheit, son-
dern als weiterer Aufgabenbereich in die
Bundesgendarmerie integriert. Durch die
Wahrnehmung der Aufgaben des Grenz-
dienstes in unterer Ebene grundsätzlich
in Form eigenständiger Dienststellen und
die Einbindung der exekutiven Führung,
spezialisierten Dienste (z.B. Kriminal-
und Verkehrsabteilungen) und Verwal-
tung der Bundesgendarmerie kann einer-
seits den fachlichen Anforderungen an
die Bediensteten, und andererseits einer
effizienten Nutzung aller Personal- und
Sachressourcen entsprochen werden.
Die Dienststellenstruktur beruht auf ei-
ner grundsätzlichen Trennung zwischen
der Aufgabenstellung des Grenzdienstes
und jener der Gendarmerieposten, sofern
nicht im Einzelfall zwecks ganzjähriger
effizienter Nutzung von Personalres-
ourcen insbesondere bei Flugfeldern

veinzelt eine organisatorische Zusam-
menführung sinnvoll ist. Unter Beibehal-
tung der geltenden Behördenstruktur er-
folgt ab der Ebene des Bezirksgendarme-
riekommandos bis hin zum Gendarme-
riezentralkommando eine exekutiv-
dienstliche und führungsmaßige Zusam-
menführung des Grenzdienstes.

Die Grenzkontrolle und Grenzüberwa- chung wird grundsätzlich von

- 32 Grenzkontrollstellen für die Durch-
führung der Grenzkontrolle an den der
Bundesgendarmerie zugewiesenen Stra-
ßen- und Zugübergangsstellen sowie
den Flughäfen Graz und Linz/Hörs-
ching,
- 50 Gendarmerieposten im Bereich der
52 Flugfelder, deren geringe Frequenz
keinesfalls die Schaffung eigenständiger
Grenzkontrollstellen rechtfertigt, und
- 38 Grenzüberwachungsposten für den
Bereich der Grünen und Blauen Grenze
an der EU- Ostgrenze vollzogen.

Dem Grenzdienst obliegt bei Durch- führung der Grenzkontrolle und Grenz- überwachung unter dem besonderen Aspekt der räumlichen Nähe zur Bundes- grenze vor allem im Bereich der Per- sonenkontrolle

1. die Mitwirkung an der Vollziehung der
die Sicherheitsverwaltung regelnden
Gesetze, insbesondere die Überwa-
chung des Eintrittes in das Bundesge-
biet und des Austrittes aus ihm, das
Paßwesen und die Fremdenpolizei, die
Wahrnehmung weiterer Aufgaben der
Sicherheitsverwaltung im Bereich des
Waffen-, Schieß- und Sprengmittelwe-
sens, die Ausübung der Sicherheitspoli-
zei, die Mitwirkung an Fahndungs-

GASTHOF JUNIOR

FAM. WENDL
INNSBRUCKER BUNDESSTRASSE 49
5020 SALZBURG
TELEFON (0662) 82 76 48, FAX -3



Heimathaus Maxglan
5020 Salzburg • Bindergasse 17
Telefon 0662 / 83 36 68, Telefax 0662 / 83 36 68-4

Foto **UNTERRAINER** Video
 Fotostudio GesmbH
 SCA: Alpenstraße 114 Zentrale: Alpenstraße 115
 Tel. 62 14 22 5020 Salzburg Tel./Fax 62 57 01

Kodak EXPRESS Qualitäts-Fotos ab 1 Stunde
 ● Fotostudio ● Farbfotos v. Neg. od. Dia EXPRESS ● Sofort-Paßbilder ● Videoüberspielungen ● Fotoreportagen ● Kamera-Reparaturen ● Geräteverleih

Verwaltung und Vermittlung von Immobilien aller Art
WOLFF & GALEN
 HAUSVERWALTUNGS-GESELLSCHAFT M.B.H.
 AIGNERSTRASSE 21 A-5026 SALZBURG
 TELEFON (0662) 64 35 59 TELEFAX (0662) 64 35 59-23

Café – Restaurant – Pension Harry's Stube
 5020 Salzburg, Aribonenstraße 20, Telefon 0 662 / 43 30 90

 **ARCH. DIPL.-ING. NORBERT HEINRICH**
 STAATLICH BEFUGTER UND BEEIDETER ZIVILTECHNIKER
 A-5026 SALZBURG, AIGNER STRASSE 35, TEL. 64 36 54


CRESTA HOTEL
 Paula Amman
 A-6774 Tschagguns, Montafon-Austria
 Telefon (05556) 72 395, 72 404
 Fax (05556) 72 395-8, 72 404-8
 Telegramm: Crestahotel

WUSSTEN SIE, WELCHEN EINFLUSS DER MOND AUF IHRE HAARE HAT.
 WIR WISSEN DEN RICHTIGEN ZEITPUNKT.
SALON ANITA
 RATHAUSGASSE 11 • 6700 BLUDENZ
 TELEFON 0 55 52 / 31 4 38
 TERMIN NACH VEREINBARUNG

GENDARMERIE



maßnahmen, die Mitwirkung an der Kriminalpolizei mit Schwerpunkten im Bereich der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität wie Schlepperei, Kfz-Verschlebung, illegaler Transporte und Handel mit Suchtgiften und Waffen, sowie

2. die Mitwirkung an der Überwachung der Einhaltung verkehrspolizeilicher und kraftfahrrechtlicher Vorschriften im Rahmen der Grenzkontrolle und Grenzüberwachung, Vollziehung sonstiger bundes- und landesgesetzlicher Vorschriften im Rahmen der Grenzkontrolle und Grenzüberwachung, soweit gesetzlich vorgesehen, und Vollziehung zollrechtlicher Vorschriften, sofern ein rechtzeitiges Einschreiten von Zollorganen nicht möglich ist.

Zuständigkeiten

Um einerseits den bereits angesprochenen Erfordernissen einer konsequenten exekutivdienstlichen Führung des Grenzdienstes der Bundesgendarmerie, und andererseits einer Stärkung insbesondere der Sicherheitsdirektionen im administrativen Bereich Rechnung tragen zu können, wurden in den Richtlinien für den Grenzdienst der Bundesgendarmerie die behördliche Zuständigkeit und der Inhalt der gendarmerieinternen Angelegenheiten exakt normiert.

Behördliche Zuständigkeiten

Die sachliche Zuständigkeit der Behörden richtet sich nach den jeweils anzu-

wendenden gesetzlichen Bestimmungen. Den Sicherheitsdirektionen und Bezirksverwaltungsbehörden obliegen insbesondere folgende behördlichen Tätigkeiten, die den Aufgabenbereich des Grenzdienstes betreffen:
 Durchführung administrativer Grenzangelegenheiten, insbesondere die Koordination von Abschiebungen und die Sicherung einer einheitlichen Vorgangsweise der nachgeordneten Behörden, Sammlung und Auswertung von Erkenntnissen der Behörde unter Berücksichtigung der den Außenstellen des Bundesasylamtes bekannten Daten und Übermittlung der Erkenntnisse an die jeweils unterstellten Landes- bzw. Bezirksgendarmeriekommanden zur exekutiven Umsetzung,
 Durchführung der erforderlichen Maßnahmen bei Grenzzwischenfällen, Mitwirkung an der baulichen Gestaltung von Grenzübergängen im Zusammenwirken mit den zuständigen exekutiven Führungsstellen, Mitwirkung an der Schulung über Ersuchen der exekutiven Führungsstellen,
 Vornahme der erforderlichen Auslandskontakte und der Medienarbeit im behördlichen Aufgabenbereich, Wahrnehmung eines gesetzmäßigen Vollzuges der vom Grenzdienst im Rahmen der Sicherheitsverwaltung zu vollziehenden Materien.

Zuständigkeiten der Bundesgendarmerie

Die Angehörigen der Bundesgendarmerie versehen als Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes für die Sicherheits-

behörden den Exekutivdienst. In Angelegenheiten des inneren Dienstes (gendarmerieinternen Angelegenheiten) kommt der Bundesgendarmerie die selbständige Entscheidungs- und Verfügungskompetenz zu.
 Beginnend mit 1. Oktober 1995 hatte der Grenzdienst der Bundesgendarmerie bereits die Überwachung der gesamten Grünen Grenze (unter Beibehaltung des Assistenzeinsatzes des Bundesheeres an der Grünen Grenze zu Ungarn) sowie punktuell die Grenzkontrolle an sieben Grenzübergangsstellen zu übernehmen. Im Rahmen des sukzessiven Aufbaues des Grenzdienstes konnten unter Beachtung auf die personellen, baulichen und technischen Möglichkeiten mit 1. August 1996 bereits 24 Grenzkontrollstellen und 26 Grenzübergangsposten eröffnet sowie die Grenzkontrolle an 52 Flugfeldern übernommen werden. Aufgrund des raschen Fortschrittes insbesondere im baulichen Bereich (z. B. Fertigstellung der Unterkünfte für die Grenzkontrollstellen Berg, Klingenbach und Kleinhauzdorf im Herbst 1996) kann vom derzeitigen Umsetzungsstand davon ausgegangen werden, daß der Endausbau des Grenzdienstes etwa Mitte 1997 erreicht sein wird.
 Derzeit stehen dem Grenzdienst der Bundesgendarmerie ca. 1.700 Bedienstete und mit Ende 1996 ca. 1.900 Bedienstete (davon 935 Optanten aus der Zollwache) zur Verfügung. Für den Endausbau sind ca. 3.000 Bedienstete vorgesehen. Vom Erreichen dieses Endausbaues ist die Erfüllung des Schengener Standards mit 1. Juli 1997 abhängig.

Kletus Schranz


Schauroher G.m.b.H.
 Malereibetrieb
 4372 St. Georgen am Walde
 Ober St. Georgen 157, Tel.: 07954/2533,
 Fax: 07954/2090, Auto.-Tel. 0663/ 9176537
 FILIALE: 4392 Dorstetten, Forstamt 124
 Tel.: 07418/8394


Strudengau Reisen
Franz Ganzberger
 A-4360 Grein
 Rathausgasse 1
 Telefon 07268/74 44
 Telefax 07268/473
 Kirchenstraße 3
 3243 St. Leonhard/
 Forst
 Tel. + Fax (02756) 2610

Sonne, Sand und Motorräder

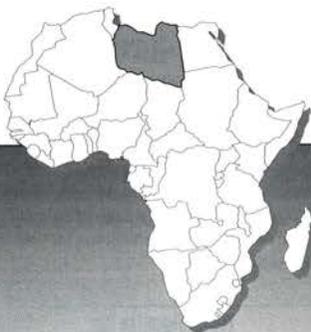
Dieser schlagwortartig dargestellte Wunschtraum vieler Zeitgenossen beschäftigte mich die letzten Jahre. Wie oft sprach ich mit meinen Freunden über eine Motorradsafari durch die Wüste oder saß gespannt bei der Rallye „Paris – Dakar“ vor dem Fernsehgerät.

Im März 1996 war es endlich so weit. Gemeinsam mit vier weiteren Motorradfreaks und „Wickerl“, unserem professionellen Organisator der Motorradsafari, den ich zufällig kennengelernt hatte,

saßen wir vor diversen Landkarten und tüftelten verschiedene Routen aus. Schließlich einigten wir uns auf eine Fahrt durch die **Wüste in Libyen**, was „Wickerl“ mit einem Stirnrnzeln quittierte. Erklären wollte er uns seine Reak-

tion vorerst nicht, jedoch spätestens zu dem Zeitpunkt, als wir eine Liste der bezahlten Schmiergelder erhielten, wußten wir Bescheid. So sehr die Amerikaner in Libyen auch verhaßt sind, den US-Dollars steht man durchaus freundlich gesinnt gegenüber.

Nachdem von „Wickerl“ der organisatorische Teil erledigt worden war, ging es am 16. März mit der Fähre von Genua nach Tunis. Wir hatten eine Tour von insgesamt rund 2.000 Kilometern vor uns, die in 16 Tagesetappen unterteilt war. Der



Ausgangspunkt war Tunis, von wo wir den kürzesten Weg zur libyschen Grenze nahmen. Über Ghadames, Edri und Sebha kamen wir schließlich zum südlichsten Punkt unserer Fahrt, dem Wahdi Al Ail, einer Gegend, die für ihre verschiedenfarbigen Seen und Felsmalereien bekannt und berühmt ist.

Die Strecke führte nahezu ausschließlich über Sandpisten, teilweise aber auch quer durch das Gelände. Dieser „Geländeritt“ war in Folge mitunter äußerst gefährlich, da die Sandoberfläche verschiedene Festigkeitsgrade aufweist. Mitunter kam es vor, daß unsere Maschinen ganz plötzlich bis zur Hälfte im Sand versackten. Wer schon einmal im Wüstensand gegraben hat, der weiß, wovon ich rede – wenn man jetzt zusätzlich eine ziemlich schwere Enduro aus dem Sand ziehen soll, erspart man sich zumindest eine Monatskarte in einem Fitnessstudio. Aber mit Seilen und Gürteln bauten wir uns immer wieder behelfsmäßige Hebevorrichtungen, mit denen wir gemeinsam die Motorräder aus den Sandlöchern zogen.

Spätestens nach drei Tagen war uns der Unterschied zwischen einer Motorradtour in Österreich und einer Wüstenfahrt klar: Mit unserem Gang hätten wir in je dem Western mitspielen können.

„Wickerl“, der uns in einiger Entfernung in einem mit Ersatzteilen vollgepackten Landrover begleitete, ließ uns im großen und ganzen gewähren, war sich aber der Tatsache wohl bewußt, daß er quasi das Netz bei einem Drahtseilakt darstellte.

Trotz unseres engen Zeitplanes, den wir halbwegs einhalten konnten, hatten wir genügend Zeit für die Eindrücke und die Landschaft der Wüste – und wenn ich Landschaft sage, so meine ich das durchaus wörtlich. Denn die Wüste bietet mindestens genauso viel Abwechslung in Form und Farbe wie eine Gebirgs- oder Berglandschaft – man muß vielleicht nur genauer hinschauen.

Die Höhepunkte unserer Fahrt aber waren die Oasen. Inmitten von endlosen Sanddünen plötzlich vor einem kleinen See mit Palmen, Blumen und satten grünen Sträuchern zu stehen, ist so beeindruckend, daß es uns wirklich immer wieder die Sprache verschlug.

Die Menschen in Libyen zeigten sich uns gegenüber unterschiedlich: Die Skala reichte von Neugier über Freundlichkeit bis zur Distanziertheit. Auf echte Ablehnung trafen wir jedoch ebensowenig wie auf wirkliche Offenheit. Die Scheu vor dem Fremden ist doch stark verwurzelt. Zu schaffen machten uns mitunter auch

die extremen Temperaturunterschiede zwischen Tag und Nacht. Obwohl noch nicht der Höhepunkt der Hitzezeit erreicht war, hatte es doch tagsüber bis zu 45 Grad, während es nachts auf 10 Grad abkühlte.

Mit einem lachenden und einem weinenden Auge traten wir am 6. April die Rückreise an. Obwohl wir von den Strapazen allesamt gezeichnet waren, war diese Tour ein Erlebnis, das keiner von den Teilnehmern missen mochte. Denn allen war bewußt: Zeit, sich mit Filzpatzen vor den Fernsehapparat zu setzen, haben wir alle später noch genug.

Auskünfte und Informationen bei der „Freizeit-Redaktion“ von Blaulicht.





Rutensteiner Naturholzzäune
Inh. Johann Wimhofer

4360 Grein a. d. Donau · Ufer 40
Tel. 0 72 68 / 332
Fax 0 72 68 / 75 90
Auto 0 663 / 87 08 48

St **Gasthof Strudengau**
Familie Winter

4360 GREIN, Telefon 0 72 68 / 226, Fax 22 65

Folgende Firmen unterstützen mit einem
Druckkostenbeitrag die Herausgabe des Fachmagazins

„BLAULICHT“

(Von Exekutivbeamten für Exekutivbeamte)

Planungsgesellschaft, STM – PLAN
Generalplaner Ges.m.b.H.
5020 Salzburg, Alpenstraße 112

Eva Vogl, Gemischtwaren
5020 Salzburg, Aighofstraße 10

„Gasthaus Ecker“, R. Anzengruber
4742 Pram, Steinbruck 5

Heinz Wassermair
Vieh – Fleischhandel – Gasthaus
4720 Neumarkt

Nah & Frisch Kaufhaus Reichart
4741 Wendling 47

ADEG-Markt R. Harra
4675 Weibern, Hauptstraße 9

Fleischerei Hermann Weiß
4720 Neumarkt i. H., Kallham 24

Peter Traunwieser, Kfz-Zubehör
4720 Neumarkt, Marktplatz 4

Glas Friepess Ges.m.b.H. & Co. KG
4720 Neumarkt, Vormarkt 8

Erika Felbermayr, Dentist
4600 Wels, Wielandgasse 7

Rudolf Stöffl, Technische Produkte
4600 Wels, Andreas-Hofer-Str. 17

ESSO-Station Josef Raml
4651 Stadl-Paura, Gmundner Straße 21

SPAR-Markt Hans Peter Wuschko
4651 Stadl-Paura, Maximilian Pagl Str. 11

Modeagentur K. Pichlmann
4651 Stadl-Paura, Dr. Edm.-Merl Str. 24

Bestattung Grünzeig
4650 Lambach, Marktplatz 8

Gasthaus „Zur Linde“, Frau Schausberger
4652 Steinerkirchen, Wollsborg 12

Firma Gerold J. Weiss
4600 Wels, Edisonstraße 2

Gerhard Schopper, Handel mit Heimtextilien
4600 Wels, Saller Straße 9

Bezirksrauchfangekehrmeister
Helmut Gehringer
4600 Wels, Eferdingerstraße 11

Josef Fenth
Landmaschinen und Handelsagentur
4723 Natternbach, Hörzingerwald 7

Ing. Josef Humer
Elektro – Gas – Wasser – Heizung
4723 Natternbach, Vischerstraße 17

Maria Litzlbauer, Gasthof und Pension
4723 Natternbach, Tal 8

Herbert Luger, Schuhe – Lederwaren
4723 Natternbach, Vischerstraße 3

ARAL-Tankstelle, Reinhard Eichlberger
4724 Neukirchen a. W. 84

„Gasthaus Miniwirt“, Maria Ozlberger
4084 St. Agatha, Parz 4

Kunststoffe G. Rumpfhuber
4712 Michaelnbach, Haus 4

Handelsagentur Rosa Steiner
4600 Wels, Eschenbachstraße 23/9/84

Foto-Video Andorfer G.m.b.H.
4722 Peuerbach, Hauptstraße 15



JAMTALHÜTTE • 2.165m
GOTTLIEB LORENZ



A-6563 Galtür • Telefon 05443/408 • Fax 05443/584

SILVRETTA - allein der Name beschwingt jeden Skitourenfan. Die Jamtalhütte als Stützpunkt nicht ohne Grund zum führenden Ausbildungszentrum dieser Freizeitaktion gemacht. Das Haus: optimal erneuert, alle Zimmer mit f.l.k.w. das w.W. (umweltbewußt) auf den Fluren und in den Duschen, Unterrichtsräume, ausgezeichnete Küche, Rucksacktransport ab Galtür möglich. Ein musterhaft ver- und entsorgtes Haus einfach zum Bleiben. Nicht von ungefähr begegnen Ihnen Umfeld der Parade-Skigipfel die Creme berühmter Bergführer aus allen Alpenländern und deren geführte Begleiter.

NEUNER GERHARD KUNST- SCHLOSSEREI

Grabkreuze, Stiepengeländer,
Fenstergitter, Stiegen,
Eingangstüren

Föhrenwald 284
6100 Seefeld

Telefon (0 52 12) 27 24
Telefax (0 52 12) 45 42

Unsere Antwort
auf EU und
Sparpaket!

Kompost-
Technologie
für Profis!



Jetzt Sondermodell in
besten Stückzahl
6S 89.000,-
inkl. MwSt.

☎ (07277) 8751



Welscher Messe
Stand F 33

Der Hoftrak

Der Alleskönner für den
universellen Einsatz:
Ausrüstbar mit mehr als
20 Zusatzgeräten!

Wendemaschinen,
Shredder, Meßtechnik
und Abdeckvliese -
Alles für erfolgreiche
Kompostierung.
CMC-geprüft!



ALPENGASTHOF

Bes. Maria Thaler

A-6365 KIRCHBERG · Tel. 0 53 57 / 29 86

Ochsalm



MÖBELHAUS
REITER
TISCHLEREI

PEUERBACH
Telefon (07276) 21 57



Pro!ghurt - So gut schmeckt Wohlbefinden?

Das neue Pro!ghurt von Ja! Natürlich ist ein probiotisches Joghurt mit wirksamen Milchsäurekulturen und Ballaststoffen zur Steigerung der körpereigenen Abwehrkräfte und des Wohlbefindens.

Und das Beste daran: Pro!ghurt ist garantiert frei von chemischen Zusätzen und besonders wohlschmeckend!

TAGESFRISCH VOM BIO-BAUERNHOF

Die Milch für Ja! Natürlich Milchprodukte kommt von ausgewählten Bio-Bauernhöfen der Tauern-Region. Dort weiden die Kühe in unberührter Natur. Sie ernähren sich rein biologisch von würzigen Gräsern und Kräutern! Diese tiergerechte, freie Haltung mit viel Bewegung garantiert beste Bio-Milch.

In der Molkerei wird die Bio-Milch mit ausgewählten rechtsdrehenden Joghurt- und Milchsäurekulturen veredelt. Dadurch entsteht das natürliche, probiotische Joghurt: Pro!ghurt!



**PRO!GHURT
WIRKT PROBIOTISCH -
DAS HEISST,
BESONDERS
FÖRDERLICH
FÜR DEN ORGANISMUS!**

STIMULIERT KÖRPEREIGENE ABWEHRKRÄFTE!

Pro!ghurt enthält die aktiven Milchsäurekulturen Acidophilus, Bifidus und Lb. Casei. Diese üben bei regelmäßigem Genuß nachweislich eine besonders positive Wirkung auf die gesamte Magen- und Darmflora aus!

Die in Pro!ghurt ebenfalls enthaltenen pflanzlichen Ballaststoffe der Zichorienwurzel regen Stoffwechsel und Verdauung an. Unerwünschte Bakterien im Darmtrakt werden Wohl sich : Abwe stimu

Herrn
Josef Wagenthaler

Unterer Flößerweg 25a
4050 Traun

GEBEN SIE
IHREM KÖRPER
ZURÜCK, WAS SIE
IHM TÄGLICH
ABVERLANGEN!

Pro!ghurt ist ein wertvoller Beitrag zur richtigen Ernährung und ein köstlicher Genuß - Noch nie hat Wohlbefinden so gut geschmeckt!

Exklusiv bei:

BILLA heute

MERKUR
Ihr Markt

